

Bezugspreis:

Wöchentlich 2 Pfennig, monatlich 6 Pfennig... Reichsmark monatlich 1 Pfennig...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Brot und Fett“ mit „Siedlung und Kleingarten“...

Telegraphische Anzeigen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 10. Februar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Zollvorlage in Sicht.

Eisenzölle gegen Brotwucher!

Wie wir hören, sind die Vorarbeiten für die sogenannte „kleine Zollvorlage“ so gut wie abgeschlossen...

Das Schicksal der „kleinen Zollvorlage“ war bisher ungewiss, weil man nach dem heftigen Einspruch der Arbeiterschaft...

Die Bestrebungen, die hier im Gange sind, um das schöne Geschäft zwischen Industrie und Landwirtschaft...

Jeder Versuch, auf Kosten der Massen eine Zollregelung, noch dazu etwa hintenherum, vorzunehmen...

Die Bestrebungen, die hier im Gange sind, um das schöne Geschäft zwischen Industrie und Landwirtschaft...

Gegen Schlichtungswesen und Tarifrecht.

In der gestrigen Reichstagsitzung war mit brutaler Deutlichkeit zu sehen, wohin der Kurs der Regierung bisher...

Und wiederum sind die Kommunisten, diese „einzige Arbeiterpartei“, die getreuen Steigbügelhalter der Reaktion...

wollen, nach einer Schilderung der Beiden, die die Angestellten und Arbeiter im Ruhrgebiet jetzt zu erdulden haben...

Herr Got aber, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete und Generalkonzeptionsrat von Blohm u. Hoff...

Heute Wahl des Ministerpräsidenten.

Die Wahl von Dr. Marx gesichert. — Ein Kabinett der Weimarer Koalition.

Heute nachmittag um 2 Uhr tritt der Preussische Landtag zusammen, um abermals den preussischen Ministerpräsidenten zu wählen...

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird sich am Dienstag vormittag um 11 Uhr mit der parlamentarischen Lage in Preußen befassen...

Dr. Höfle legt sein Mandat nieder.

Der frühere Reichspostminister Dr. Höfle hat gestern sein Mandat niedergelegt...

Stalin über die Bauerngefahr.

Moskau, 6. Februar. (DE.) In der Moskauer Regierungskonferenz der kommunistischen Partei trat Stalin...

Das Elefantenwunder.

Die Deutschnationalen einstimmig für den Vertrag mit Siam.

Der weiße Elefant nicht, und sie sprangen durch den Reifen. Alle miteinander haben sie, die am Sonnabend schimpften...

Geschlossen haben die Deutschnationalen am Montag für eine Regierungsvorlage gestimmt...

Jetzt, da sie an der Regierung sind, glaubten sie sich durch eine demagogische Erklärung und eine gesplante Abstimmung...

Mit dieser einen Abstimmung haben die Deutschnationalen den ganzen Schwindel enthüllt...

Die Deutschnationalen haben die Parteien, die diese Abkommen annahmen, in der wüsten Weise beschimpft...

Gestern erklärten die Deutschnationalen, sie wollten alle für den Vertrag mit Siam stimmen...

Heute ist der Beweis dafür geliefert, daß diese Hezje bis zum innersten Grund verlogen war...

Beweis oder nicht? Solange es nicht darauf ankam, wie sie stimmten...

Stolz erklärten, das seien eben Opfer, die für das Ansehen und die Würde des Reiches...

Heute stimmen sie für Verträge, die nach ihrer nicht zurückgenommenen Erklärung...

Nach am Sonnabend wollten sie aus dem Nichtzustandekommen des Vertrages...

Erst als sie sahen, daß sich die Sozialdemokraten nicht als Erfakmannschaften für die „Ansehen und Würde“...

markierenden Wahrer

nöthiger Befange mißbrauchen können, vollzogen sie ihren Willen.

Am Sonntag stand hier zu lesen, die Herren der Industrie würden es ihren politischen Geschäftsführern nicht erlauben, der dummen Phrasen wegen, die sie zum Zweck des Wählerfanges machten, ihre Geschäftsinteressen zu schädigen. Sie erlauben es wirklich nicht. Besteren verstande der Deutsche Industrie- und Handelstag eine Erklärung an die Presse, in der auf umfangreiche staatsrechtliche Staatsaufträge hingewiesen wird, die der deutschen Industrie zugeführt werden könnten, die aber verloren gingen, wenn der Vertrag nicht ratifiziert werde.

Nachdem die Sozialdemokraten am Sonnabend erklärt hatten, sie würden nicht für einen Vertrag stimmen, der nach der Erklärung der größten Regierungspartei Ansehen und Würde des Reiches schädige, hing es von den Stimmen der Deutschnationalen ab, ob der Vertrag angenommen oder abgelehnt werde.

Und siehe da! Raum winkte das Geschäft, so war jede Rücksicht auf „Ansehen und Würde des Reiches“ weggeblasen. Es war alles nur Komödie! Die nichts würdigste Komödie, die je mit einem Volk aufgeführt worden ist. Ein unklarer aber ehrlicher nationaler Idealismus ist eingesperrt worden für eine klägliche Interessentenpolitik. Jetzt ist man am Ziel, jetzt hat man die Macht, da werden die nationalen Ideale abgelehrt, „Ansehen und Würde des Reiches“ werden verklopft für staatsrechtliche Staatsaufträge an die deutsche Industrie.

Ruhrpanama und Sozialdemokratie.

Unsere Reichsminister gerechtfertigt.

Auf die letzten Anfragen unserer früheren Reichsminister Robert Schmidt und Solfmann hat die Reichsregierung am Montag mit einer langen Erklärung geantwortet, die wir bereits im Montag-Abendblatt wiedergegeben haben. Unsere Genossen Robert Schmidt und Solfmann antworten darauf wie folgt:

1. Die Reichsregierung kommt unserer Aufforderung auf läckenlose Veröffentlichung der Kabinetts- und Verhandlungsprotokolle und des Briefwechsels zwischen dem damaligen Reichskanzler Herrn Dr. Stresemann und dem Beauftragten der Ruhrindustriellen nicht nach.

2. Die Reichsregierung gibt zu, daß an den Verhandlungen mit den Ruhrindustriellen kein sozialdemokratischer Reichsminister beteiligt gewesen ist.

3. Die Reichsregierung bestätigt, daß die sozialdemokratischen Reichsminister durch Stimmenthaltung die Verantwortung abgelehnt haben, als zum erstenmal Entwürfe eines Abkommens dem Reichskabinett vorlagen.

4. Die Reichsregierung bestätigt, daß in keiner Kabinettsitzung der Großen Koalition erwogen oder erörtert wurde, Zahlungen an die Ruhrindustriellen ohne Wissen und Zustimmung des Parlaments zu leisten.

Nichts anderes haben wir behauptet. Einzelne Unklarheiten in der offiziellen Erklärung müssen jedoch noch aufgeklärt werden. — Der am 20. Oktober 1923 in Anwesenheit der sozialdemokratischen Minister gefasste Beschluß des Kabinetts gab dem Reichskanzler lediglich die Ermächtigung, mit der Sechserkommission in Verhandlungen über die Vorschläge der Ruhrindustriellen einzutreten. Daß das Kabinett oder gar die sozialdemokratischen Reichsminister den Vorschlägen der Ruhrindustriellen zugestimmt hätten, wird von der Reichsregierung selbst nicht behauptet. An dem, was sich von da ab zwischen Reichsministern und Ruhrindustriellen abgespielt hat, haben die Sozialdemokraten nach der klaren Bekundung der Regierungserklärung keinen Anteil gehabt. Es widerspricht aber den Tatsachen, wenn versucht wird, die Stimmenthaltung der Sozialdemokraten in der Kabinettsitzung vom 1. November so zu erklären, als sei kein „Einpruch prinzipieller oder sachlicher Art“ erhoben worden.

Die damaligen Minister Robert Schmidt und Solfmann haben mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß sie eine Verantwortung für Vorschläge nicht übernehmen könnten, die ohne Beteiligung der sozialdemokratischen Minister zustande gekommen wären und mit einer Pöbellichkeit vorgelegt wurden, die eine Urteilsbildung über ihre Tragweite unmöglich machte.

Luther in Köln.

Eine außenpolitische Rede des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler Luther hielt in Köln folgende Rede:

„Wir haben in unserer Arbeit dafür gesorgt, daß die Rheinlande nicht zu einer Reparationsprovinz wurden. Wir werden in unserer weiteren Politik dafür sorgen, daß die politischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den Alliierten nicht zum Schaden des Rheinlandes sich vollziehen. (Bravo!) Der deutsche Reichskanzler kann von der Frage der Rückräumung der nördlichen Rheinlandzone nicht sprechen, ohne immer wieder in die Welt hinauszurufen, daß die Grundlagen für die einseitige Entscheidung der Alliierten über die Rückräumung bis zum heutigen Tage nicht mitgeteilt worden sind. Zu Verhandlungen, meine Damen und Herren, ist die deutsche Regierung, wie ich es bei jeder sich bietenden Gelegenheit ausgesprochen habe, bereit. Die deutsche Regierung ist ebenso bereit, berechtigten Ansätze, die etwa von Seiten der Verbündeten in der Frage der Entlastung erhoben werden, oder die sonst zur Kenntnis der deutschen Regierung kommen, auf das schnellste auszuräumen. Das Ziel der Verhandlungen aber, die wir mit allem Nachdruck erstreben, muß sein die schnellste Rückräumung der nördlichen Rheinlandzone, damit das Rheinland das erwirbt, was ihm nach dem Vertrage von Versailles zusteht. (Bravo!)

Ich habe in meiner Rede, die ich am 30. Januar vor den ausländischen Journalisten, also vor der Weltöffentlichkeit, gehalten habe, an den Herrn französischen Ministerpräsidenten die Frage gerichtet: Ist der Herr französische Ministerpräsident entschlossen, die nördliche Rheinlandzone sofort zu räumen, nachdem die Befreiung der Deutschland etwa nachgewiesenen Bestände in der Abrüstung sichergestellt ist? Ich habe auf diese Frage eine Antwort bis heute nicht bekommen (Hört, hört!), wohl aber ist von politischer Seite in der französischen Presse ausgesprochen worden, daß die Rückräumung der Kölner Zone nicht etwa nur von der Entlastungsfrage, sondern auch davon abhängig gemacht werden sollte, daß vorher ein besonderer Sicherheitspakt zwischen Frankreichs zustande kommt. Ich kann nicht annehmen, daß in dieser Auffassung die Ansicht der französischen Regierung zum Ausdruck kommt. Immerhin muß ich bei der begrifflichen Beunruhigung, die über diese Frage nicht nur im besetzten Gebiet, sondern in ganz Deutschland besteht, folgendes bemerken: Ich habe namens der deutschen Reichsregierung ausgesprochen, daß

Die deutsche Reichsregierung bereit ist, an der Lösung der Sicherheitsfrage positiv mitzuarbeiten.

Sollte man aber, meine Damen und Herren, von der Lösung dieser Frage die Rückraumung abhängig machen, so muß dieser Gedanke, der keinerlei Begründung im Vertrage von Versailles findet, mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden. (Sehr richtig!) Es wäre das Gegenteil des Geistes, der zur Genugtuung Deutschlands im Londoner Abkommen zum Ausdruck gekommen ist.

Unter diesem Gesichtspunkt der Lösung vor den Verträgen müssen wir auch die Bestimmungen in Anspruch nehmen, die sich beziehen auf die Rückraumung der nördlichen Rheinlandzone und in denen von Sicherungsbedingungen nichts enthalten ist. Das ganze deutsche Volk weiß doch mit Sicherheit und wird es von Tag zu Tag mehr wissen, daß es sich bei der Lösung der Kölner Frage, bei der Lösung der Frage der Rückraumung der nördlichen Rheinlandzone nicht um eine Frage des besetzten Gebietes, sondern um die Frage Deutschlands handelt. Gerade aus dem Geiste heraus, den ich im Rheinland fühle, aus dem Geiste, der das Gesamtgeschick über kleine und kleinliche Zwistigkeiten setzen will, möchte ich von dieser Stelle aus die Bitte an ganz Deutschland richten,

der gegenwärtigen Reichsregierung die Bahn für die Arbeit freizumachen.

Dann rechne ich auch, daß die häßlichen Versuche, Zwistigkeiten zwischen Mitgliedern des Kabinetts zu säen, eingestellt werden. (Bravo!) Dazu rechne ich auch, daß die Gegnerschaft gegen das Kabinett nicht ausartet in gehässige Feindschaft. (Aber das geht offenbar nicht für die Deutschnationalen gegen das Kabinett Marz! Red. de B.) Die Opposition gehört zum parlamentarischen Betrieb, die Opposition darf aber nicht Feindschaft sein, wenn sich die gegenwärtige Regierung auf eine Mehrheit stützt und sich auf eine Mehrheit stützen muß, wenn sich gerade darin der parlamentarische Grundgedanke unseres Staatslebens auswirkt, so lege ich doch ebenso großes Gewicht darauf, immer wieder zu betonen, daß diese Mehrheitsbildung

keinen Ausschluß der anderen von der Mitarbeit bedeutet, die bereit sind, im Staatsbedingenden Sinne mitzuarbeiten. (Bravo!) Hier in Köln, hier im Angesicht des Kölner Domes fordere ich Sie auf, mit mir zu rufen: es lebe der deutsche Rhein! (Beifall und Händeklatschen.)

Der französische Parteitag.

Ein Fälschung der Rede Hilferdings.

Paris, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Von Messagen rechtsstehenden Blättern wird am Montag die Behauptung aufgestellt, daß Genosse Hilferding in seiner Begrüßungsansprache auf dem Parteitag angeblich sich gegen die Rückraumung von Köln ausgesprochen hätte, und zwar mit der Begründung, daß diese den Kampf der Sozialisten gegen das Reichskabinett erschweren würde. Die vorliegenden Berichte zeigen aber, daß Hilferding genau das Gegenteil gesagt hat.

Bemerkung der Redaktion: „Zeit“ und „Sozial-Anzeiger“ benötigen den falschen Bericht über Hilferdings Rede zu einer neuen Hege, obwohl sie bei WTB. lesen konnten:

Hilferding schloß, die Rückraumung der Kölner Zone dürfe nicht mehr länger hinausgeschoben werden, denn die Rückraumung werde den Kampf der deutschen Sozialdemokraten gegen die Reaktion erleichtern.

Sie hatten die Wahl zwischen der Wahrheit und der Lüge. Sie wählten die Lüge. Wer hat von Ihnen anderes erwartet?

Zurück zur Verhandlung!

Der preussische Untersuchungsausschuss gleitet ins Uferlose.

Es ist vom Preussischen Landtag auf Antrag der Deutschnationalen einstimmig beschlossen worden, einen Untersuchungsausschuss zur Prüfung der Kreditaffären der Seehandlung einzusetzen. In den ersten zwei Sitzungen ist dieses eigentliche Beweissthema sachlich erörtert worden und man gewann bereits Einblick in recht interessante, allerdings für die Staatsbank nicht sehr erfreuliche Dinge. Diese sachliche Untersuchung scheint aber nicht nach dem Geschmack der Deutschnationalen und Kommunisten gewesen zu sein, denen es lediglich darauf ankommt, das Sensationsbedürfnis ihrer Gefolgschaft durch das Breittreten von politischen Momenten zu befriedigen. Wir sind durchaus damit einverstanden, daß auch die politische Seite der Finanzaffäre ausführlich behandelt wird und unsere Genossen im Ausschuss haben recht daran getan, der Erörterung der politischen Momente keinerlei Hindernisse zu bereiten. Denn wir wollen unseren Gegnern nicht den Vorwand liefern, sich über „Vertuschungsversuche“ zu beschweren. Aber alles hat seine Grenzen, und es darf auch nicht dazu kommen, daß das eigentliche Beweissthema völlig in Vergessenheit gerät oder gar vertuscht wird. So wie aber in den letzten drei Tagen und vor allem in der gestrigen Sitzung des Ausschusses verfahren wurde, kann und darf es nicht weitergehen, wenn nicht die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse diskreditiert werden sollen.

Es ist jetzt die höchste Zeit, daß der Untersuchungsausschuss zu seiner ursprünglichen Aufgabe zurückkehre. Stundenlang hat man in der vorigen Woche über Paßangelegenheiten hin- und hergeredet, die absolut gleichgültig sind und die lediglich dem deutschnational-kommunistischen Bestreben dienen, die Namen Eberts und Severings in einen konstruierten Zusammenhang mit der Barmat-Affäre zu bringen. Tagelang ist jetzt von einer vor fünf Jahren erfolgten Hausauskunft bei der „Amexima“ die Rede gewesen, von der schon längst festgestellt ist, daß sie auf einer falschen Voraussetzung beruht: der Zweck der Übung, Fakt, Wissen und Robert Schmidt zu „belasten“, ist gänzlich mißglückt, und insofern brauchen wir diese Abschweifungen ins Uferlose nicht zu bedauern. Aber schließlich ist der Untersuchungsausschuss nicht als Tummelplatz deutschnationaler Sensationsmacherei und Tintenfischpolitik eingesetzt worden. Er soll vielmehr dazu dienen, festzustellen, wie die Staatsbank dazu kam, dem Kuitster-Konzern, dem Barmat-Konzern und dem Michael-Konzern so hohe Kredite zu gewähren, und unter welchen Bedingungen. Namentlich bei der Barmat-Affäre interessiert vor allem die Frage, die nur einmal angedeutet wurde, ohne daß es zu ihrer gründlichen Prüfung kam, nämlich: ist Barmat ein Betrüger, ist er ein Betrogen oder ist er ein betrogen Betrüger?

Je nachdem wie diese Frage vom Ausschuss beantwortet werden wird, wird man die politischen Momente bewerten müssen, an deren Klarstellung die Sozialdemokratie nicht weniger Interesse hat als eine andere Partei. Aber es geht nicht an, jeden, der mit Barmat verkehrt hat oder der glaubte, ihn empfehlen zu dürfen, als „korrupt“ hinzustellen und gleichzeitig die Ehrenhaftigkeit Stresemanns in die Welt hinauszuposaunen, weil er nicht wissen konnte, daß die von ihm empfohlenen Sprit-Weber, der Verhastete, und Wolpe, der fleckbriefliche Verfolger, einst Schwindler und Defraudanten werden würden.

Eine Erklärung des Genossen Robert Schmidt

Die Verleumdungen der „Deutschen Tageszeitung“.

Genosse Robert Schmidt hat der „Deutschen Tageszeitung“ folgende Berichtigung gesandt:

9. Februar 1925.

An die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ Berlin.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes bitte ich folgende Berichtigung an derselben Stelle, wo die Beschuldigung in Nr. 61 Ihrer Zeitung erschienen ist, aufzunehmen:

Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet in ihrer Nr. 61 vom 6. Februar, daß die Einfuhr eines größeren Quantums Butter durch die Firma Barmat durch meine Anordnung erfolgt sei. Die Einsicht der Akten im Ministerium, die ich heute vorgekommen habe, ergab, daß diese Behauptung unwahr ist. Der Abschluß des Geschäfts erfolgte ohne mein Wissen und ohne mein Zutun. Festgestellt sei, daß der diktatorische Ausschuß, der damals in Verbindung mit den Reichsstellen die Lebensmittelinfuhr vornahm, selbstständig handelte, wie es überhaupt unmöglich gewesen wäre, daß dem Minister die einzelnen Geschäfte unterbreitet wurden. Zur Kontrolle der geschäftlichen Umschlüsse waren im diktatorischen Ausschuß die Vertreter des Ernährungswirtschafts, Verkehrs- und Finanzdirektoriums entsandt, und es gehörten dem Ausschuß Vertreter der Reichsbeamten an. Vor diesem Gremium sind die Geschäftsabläufe besprochen worden. Der Wirtschaftsminister konnte selbstherrlich überhaupt keine Einfuhrgenehmigung geben.

Die „Deutsche Tageszeitung“ beruft sich auf die Akten des Ministeriums, daß entgegen dem Willen der Beamten meinerseits der Abschluß von Geschäften mit Barmat angeordnet ist. Bei der Durchsicht der Akten seitens der Beamten des Ministeriums und nachdem auch persönlich ich mich der gleichen Mühe unterzogen habe, ist festgestellt, daß nicht ein Vermerk oder eine Notiz über das Ergebnis einer persönlichen Rücksprache vorhanden ist, die direkt oder indirekt erkennen läßt, daß ich eine Anordnung getroffen, ein bestimmtes Geschäft abzuschließen oder eine Bevoorzugung der Firma B. eintreten zu lassen. Die in Ihrer Zeitung dahingehend erhobene Angabe ist somit unwahr.

Die „Deutsche Tageszeitung“ beruft sich unter Angabe des Altensatzens darauf, daß Barmat einen Geschäftsabschluss, der sehr ungünstig für ihn verlief, zur Aufhebung brachte, daß die Reichsstelle sich dagegen wandte und erst durch den Eingriff des Ministers Barmat seinen Zweck erreichte. Die Einsicht der Akten ergab, daß das Gegenteil richtig ist. Die Reichsstelle verlangte in einem Schreiben vom 22. September 1919, daß der Vertreter des diktatorischen Ausschusses mit aller Entschiedenheit dahin wirken möchte, daß der Vertrag aufgehoben wird. Das geschah aus dem Grunde, weil mittlerweile vorübergehend Preise und Valuta sich günstiger stellten, als es bei Aufrechterhaltung des Geschäftsabchlusses mit Barmat vernehmbar war. Vorher war allerdings eine Verlängerung der Lieferfrist um einen Monat vorgesehen, eine Maßnahme, die in kaufmännischen Betrieben üblich ist und zu Beanstandungen kein Anlaß vorgelegen hätte. Der Geschäftsabschluss mit Barmat ist dann aufgehoben, das Reich hat nur einen Nutzen dabei gehabt. Der Minister hat diese Entscheidung überhaupt nicht getroffen, da der diktatorische Ausschuß eigenmächtig darüber verfügte, wozu er auch befugt war. Daß es vorgekommen, daß im allgemeinen auch andere Firmen gegenüber Geschäften, die zu festen Preisen vereinbart waren, im Vertrag abgeändert wurden, ergab sich aus den damaligen eigenartigen Verhältnissen. Beim schnellen Fallen der Mark konnte dem Kaufmann nicht zugemutet werden, die hierbei entstehenden Verluste allein zu übernehmen, das wäre unfair gewesen vom Standpunkt des Gegenkontrahenten, war aber auch außerdem rechtlich begründet, da das Reichsgericht unter diesen Umständen den Rücktritt oder die Änderung des Vertrages für zulässig erachtete. Als Beweis meiner Behauptung, daß auch für die Reichsstellen solche Vertragsänderungen von Wert sein konnten, gebe ich den Wortlaut eines Schreibens des diktatorischen Ausschusses vom 2. Januar 1920 an den Staatssekretär Peters an:

„Das Geschäft und der gebotene Preis von 1 Gulden 90 (Schmalzlieferung) ist voll vertretbar und ich nehme dafür ganz die Verantwortung, da gleichzeitig ein älteres Geschäft zwischen Barmat und der Reichsstelle, woran außerdem einige Kommunen beteiligt waren, rückgängig gemacht worden ist, an dem das Reich 300 000 Gulden erspart hat, nachdem durch die inzwischen mit den Amerikanern unmittelbar zustandekomme Geschäfte billiger gekauft werden konnte.“

Ich stelle außerdem fest, daß der Reichstag seinerzeit einen Ausschuss von 42 Mitgliedern einsetzte, die alle Geschäfte der Reichsstellen nachprüften. Diesem Ausschuss gehörten an 21 Reichstagsabgeordnete, 14 Mitglieder des Reichsrats, 7 Kommissare der Ministerien. In dem Untersuchungsausschuss zur Prüfung der Geschäftspraxis der Kriegsgesellschaften der Ernährungsabteilung saßen die Reichstagsabgeordneten Seine, Schmidt (Sachsen), Reich, Janesch, Schiele, Westermann, Dietrich und Emminger. Der Untersuchungsausschuss hat durch Redatoren eingehende Prüfungen vorgenommen und das Ergebnis im Bericht an den Ausschuss in eingehenden Protokollen niedergelegt. Von keiner Seite ist ein Einwand erhoben, daß unzulässige Geschäftsabläufe mit Barmat festgestellt wurden. Da damals schon solche Angriffe in der Presse laut wurden, wäre es ganz unverständlich, wenn diesen Beschuldigungen nicht nachgegangen wäre.

Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet in der Notiz ferner, daß bei dem erwähnten Geschäft ein Teil der Gewinne an die sozialdemokratischen Parteikassen in Deutschland und Holland gegangen sei. Eine solche Erklärung habe in einem Prozeß ein Vertreter Barmats abgegeben. Mir ist von dieser Erklärung und diesem Prozeß nichts bekannt, und ich erinnere mich auch nicht, daß eine solche doch sehr auffällige erregende Mitteilung in die Presse übergegangen wäre. Daß ein Vertreter Barmats solche Erklärung abgegeben hat, erscheint mir etwas zweifelhaft. Wenn es aber geschehen ist, dann wäre es Pflicht der Staatsanwaltschaft gewesen, sich dieser Sache anzunehmen. Es ist nicht geschehen. Ich fordere nunmehr die Staatsanwaltschaft auf, das Verbumte nachzuholen. Es wird sich dann herausstellen, daß hinter dieser Behauptung ein elender Verleumder steckt.

Daß Herr Ministerialdirektor von Le Suire mit der Sache in Verbindung gebracht wird, zeigt das Berichtige in der Darstellung Ihres Blattes. Herr v. Le Suire, der heute nicht mehr im Amt ist, steht der Deutschnationalen Partei so nahe, daß eine Freundschaft mit Barmat ausgeschlossen ist.

Die Bestechung, die die „Deutsche Tageszeitung“ in der Uebergabe eines Paketes Schokolade seitens Barmat an eine Sekretärin im Amt sieht, wäre eine fürchterliche Verleumdung, die mich tief erschütterte, als ich nachträglich davon Kenntnis erhielt. Aber wäre dieser unerhörte Bestechungsversuch damals zu meiner Kenntnis gekommen, ich hätte, vorausgesetzt, daß dieser Vorgang wahr ist, nichts dagegen unternommen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ entrüftet sich in einer Notiz am 7. Februar, daß ich auf ihre „niederstimmtesten Enthüllungen“ über meine Verleumdungen noch nicht geantwortet habe. Diese Verleumdung geschah, weil ich erst die Akten im Ministerium einsehen wollte, da ihr Gewährsmann sich darauf berief. Das ging nun leider nicht so schnell, als ich selbst wünschte. Ich darf aber annehmen, daß ich ihr nachträglich noch eine klare Antwort gegeben habe, obwohl es nicht gerade angenehm ist, sich gegen solche dreckige, erfundene Sublektion zu wenden, zumal sie nichts Neues enthalten, sondern längst richtiggestellte niederträchtige Anwürfe sind, die vor Jahren schon durch die Ständepresse tiefen, zu der ich die „Deutsche Tageszeitung“ bisher nicht rechnete.

Der deutsche Städtetag hat bei seinen letzten Beratungen einen Antrag auf baldmöglichste Wiedereinführung der vollen Friedensmiete abgelehnt, und nicht, wie es irrtümlicherweise in unserem Sonntagbericht hieß, angenommen.

Soziale Reaktion gegen Schlichtungswesen und Tarifrecht

Die Deutschnationalen befehlen sich zum stamesischen Vertrag.

Präsident Ebbé eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 25 Minuten und teilt mit, daß Abg. Dr. Höffe (Z.) sein Reichstagsmandat niedergelegt hat. (Leb. hört, hört.)

Die Einzelberatung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums und der mit der Beratung verbundenen zahlreichen Anträge aller Parteien wird fortgesetzt, und zwar mit der Besprechung über den Abschnitt: Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Brey (Soz.)

weist darauf hin, daß die Regierung der Privatindustrie für Schiffbau 50 Millionen Kredite gegeben habe, daß aber bei den Reichswerten eine Reihe von Schiffbaubetrieben stillgelegt worden sind, bei denen die Voraussetzungen der Reichsfinanzunterstützung gegeben waren. Es kommen dabei Orte in Betracht, wo die Reichswerte die Grundlage für das wirtschaftliche Gedeihen nicht nur der Arbeiterschaft, sondern der gesamten Bevölkerung bilden, beispielsweise bei Küstringen mit 3000 Arbeitern und Friedrichs-ort mit 1000 auf Reichswerten beschäftigten Arbeitern. Große wirtschaftliche Nachteile sind auch in Hanau, Kassel, Lippstadt, München und Duisburg durch Stilllegungen von Reichswerten entstanden.

Der Abgeordnete Koch (Dnat.) hat sich die Behauptungen zu eigen gemacht, die in der Woche vor der Wahl in der „Bergisch-Wärtischen Arbeiterzeitung“ enthalten waren. Es wurde dort von unerhörten Verstößen der Berliner Gewerkschaften bei der Auszahlung von Unterstützungen an Erwerbslose gesprochen. Demgegenüber stelle ich fest, daß die Zuweisung der Gelder niemals durch die Gewerkschaften, sondern durch die Prüfungsstellen des Berliner Magistrats erfolgt ist. Ein nachkontrollierender Magistratsbeamter, der den Deutschnationalen angehört, hat festgestellt, daß alles in tadelloser Ordnung war. Die Auszahlung sei nicht nur einwandfrei erfolgt, es seien persönlich Arbeitsleistungen erfüllt worden, wie sonst nirgends. Ich stelle also fest, daß die Behauptungen, die Herr Koch sich zu eigen gemacht, Verleumdungen darstellen.

Bei der Frage der Erwerbslosenunterstützungen liegt ein kommunistischer Antrag vor, die Ausgaben für produktive Erwerbslosenfürsorge von 1100 000 auf 5 000 000 M. zu erhöhen. Es wird aber von den Antragstellern kein Weg gezeigt, wie diese Mittel bereitgestellt werden sollen. Solche Gesetzesmacheri ist allzu bequem, die Antragsteller sind sicher davon überzeugt, daß ihr Antrag nur eine Stimmungsmache nach außen sein soll. Damit kann man den Erwerbslosen keine Hilfe bringen. Im Ausschuss haben ja die Kommunisten ähnliche Anträge gestellt, sie sind uns aber schließlich gesalgt und haben den Anträgen zugestimmt, die nach Lage der Sachverhältnisse durchzubringen waren. Ich stelle fest, welchen Widerstand jede Erweiterung der Fürsorge für die Arbeiter findet im Gegensatz zu den Unterstützungen der Unternehmer, die insbesondere die Industriellen an der Ruhr mit den 715 Millionen Mark, finden. Muß das nicht die schärfste Erbitterung hervorrufen? Der Redner weist dann auf die Ungerechtigkeit hin, die die örtliche Staffelung bei der Erwerbslosenunterstützung herbeibringt. Auch hier müßte eine Zwischenlösung gefunden werden, ebenso wie bei der Unterstützung bei wechselnder Tätigkeit, wo die Arbeiter ganz verschiedene Standpunkte einnehmen. Besonders schlimm ergeht es den Personen, die der Angestelltenversicherung unterstellt, aber nicht in die Erwerbslosenunterstützung einbezogen sind. Wir fordern, daß die Befreiung nicht länger an diesen Zuständen verhängt. (Als der Redner zum Schluß kommt, ertönen von der Rechten Bravo-Rufe. Genosse Brey stellt fest, daß mit diesen Rufen die Mißachtung gegenüber der notleidenden Bevölkerung zum Ausdruck komme. Leb. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Hartmann (Dnat.): Nur durch die Hebung unserer Wirtschaft kann die Arbeitslosigkeit radikal beseitigt werden. Dazu gehört aber, daß der Versailles Vertrag, die Ursache der Heimmisungen unserer Wirtschaft, revidiert wird.

Abg. Barfshat (Dem.): Die Forderung der Sozialdemokraten, die Höhe um 50 Prozent zu erhöhen, ist nicht annehmbar. Daß sie erhöht werden müssen, hat auch der Ausschuss eingesehen und den Antrag für unterstützende Erwerbslosenfürsorge von 40 auf 120 Millionen erhöht. Wir beantragen einen Zusatz, wonach ein Betrag von 80 Millionen vorwiegend zur Unterstützung solcher Arbeitslosen zu verwenden ist, deren Unterstützung abgelaufen ist.

Abg. Radel (Komm.): Das Verhalten des Reichstags in der Erwerbslosenfrage ist für uns Agitation genug. Aber auch die Sozialdemokraten müssen von unseren Anträgen nichts wissen. Wir werden das ja bei den Abstimmungen sehen.

Zum Kapitel

Triervertrags-, Lohn- und Einigungsweisen, Betriebsorganisation
bemerkt Abg. Gol (Dnat.): Nach meinen Erfahrungen als Beteiligter im Schlichtungswesen kann ich nur sagen, daß die Schlichtungseinrichtungen nur sehr kümmerliche Erfolge bei der Förderung des Arbeitsfriedens gehabt haben. (Unruhe links.) Der Unternehmer hat an richtigen Löhnen Interesse. (Lachen links.) Was allerdings der richtige Lohn ist, weiß kein sterblicher Mensch, auch der Vorsteher des Schlichtungsausschusses nicht. Der Unternehmer muß darauf achten, daß durch allzu hohe Löhne nicht der Akt abgesetzt wird, auf dem sein Betrieb ruht. (Lachen und Zurufe links.) Am bedenklichsten ist der § 6 der Schlichtungsordnung mit seiner Möglichkeit der Verbindlichkeitsklärung. Für die Verbindlichkeitsklärung soll ein allgemein öffentliches Interesse bestehen. Darunter kann man alle Arbeitsstreitigkeiten umfassen. Die Hauptsache ist es, Arbeitskämpfe zu vermeiden. Das Schlichtungsverfahren hat aber gerade Arbeitskämpfe hervorgerufen und gefördert. Die Tarifverträge haben eine Revollierung herbeigeführt und die gelehrten Arbeiter zugunsten der ungelerten Arbeiter benachteiligt. Wenn das nicht wäre, könnte man es ja mit den Tarifverträgen versuchen, und in der jetzigen Zeit kann man sie nicht grundsätzlich ablehnen. Aber man muß prüfen, worin ihr Segen besteht.

Abg. Aufhäuser (Soz.):

Ich möchte mit einer Bemerkung beginnen, die mein Vorredner als grundsätzlich hervorgehoben hat. Er hat hier erklärt, bei dem Kampf zwischen Unternehmer und Lohnempfänger sei stets der Lohnempfänger der Angreifer, der Unternehmer stehe in Abwehr. Bei Herrn Gol und den hinter ihm stehenden Organisationen muß ich feststellen, daß jene große Offensivrolle in der Tarif- und Schlichtungsfrage, die in die politische Reaktion und die Reichsregierung von heute gemündet hat, von Ihrer Seite begonnen worden ist.

Die heutige politische Reaktion ist die Krönung jenes sozialen Feldzugs Ihrer Verbände, die seit der Stabilisierung der Mark geführt wurde. Kaum war die Inflation zu Ende, so begann der Kampf beim Tarif und beim Lohn. Wenn Herr Gol ein so vernichtendes Urteil gegen die Schlichtungsausschüsse fällt und zugleich erzählt, daß er an Erfolge der Schlichtungsausschüsse nicht glaubt, Herr Gol sagt, manchmal hätten wir uns ohne Schlichtungsausschüsse besser geeinigt. Wenn Sie den einzelnen Arbeiter oder Angestellten vor sich haben und bei schwach organisierten Gruppen keine gewaltige Gewalt fürchten haben, dann werden Sie sich allerdings einig, wie Sie es wollen, Sie werden den Lohn bestimmen, und der andere muß damit einverstanden sein, um nicht brotlos zu werden. Sie rufen immer dann noch der Freiheit vom Staate, wenn Sie eine günstige

wirtschaftliche Position haben. Zu anderen Zeiten haben Sie schon sehr oft das Eingreifen des Staates gewünscht. Jetzt glauben Sie mit Ihren Belegheften leichter fertig zu werden, und da ist Ihnen die Einmischung des Staates unangenehm. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Gol meinte, es müßten so hohe Löhne wie möglich gezahlt werden. Soweit es sich um seine eigene Stellung handelt, hat er danach gehandelt. Ich empfehle ihm aber, die Zahlung der Löhne in seinem eigenen Betriebe mit der Lohntheorie von diesen möglichst hohen Bezügen zu vergleichen! Der Ausgangspunkt des gegenwärtigen Kampfes ist das Borgehen gegen den produktiven Arbeitsvertrag, gegen den Tarifgedanken. Es ist bezeichnend, daß die Großindustriellen mit dem Kampf gegen die Verbindlichkeit in dem Augenblick eingestiegen sind, wo sich die wirtschaftliche Position der Arbeitnehmer verschlechtert hatte. Dieselben Kreise, die sozial über die Disziplin der Arbeiter zu klagen wissen, die sich darüber aufregen, wenn irgendwo ein paar Arbeitslose aus Verzweiflung sich an Unruhen beteiligen, haben ihren angeschlossenen Firmen Anweisung gegeben, die hart die Grenze der Gesetzmäßigkeit streifen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hat ihnen erklärt, daß sie die verbindlichen Schiedssprüche nicht ausführen dürften, daß sie auch

vor der Stilllegung der Betriebe nicht zurückschrecken sollten.

Die Unternehmer sollten beiden Schlichtungsausschüssen nicht erscheinen, wenn sie eingeladen werden. (Lachendes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit einem Wort: die Unternehmer sollten Gesetz und Recht bei der Durchführung ihres Rechtsstandpunkts mißachten.

Jetzt will man diese Gedanken hier im Hause durch Anträge verwirklichen. Nach einem deutschnationalen Antrag sollen Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zu Schlichtern nicht berufen werden dürfen. Es soll also aufgehoben, daß einmal ein Arbeiter, wie Herr Wissell, zum Schlichter ernannt wurde.

Ausgerechnet ein Vertreter der Seeschiffswerften hat sich zum Vertreter dieser Gedanken gemacht. Das, was man sich dort geleistet hat, um die Gewerkschaften und die Tarife zu erschlagen, läßt geradezu zum Himmel. Ist es noch zu rechtfertigen, daß dort alle Bestrebungen auf Schaffung eines Gehalts-tarifs der Angestellten der Betriebe durchkreuzt werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Das Reichsarbeitsministerium hatte den Angestellten eine Zusage gegeben, es waren Termine festgesetzt, jedesmal ist das Arbeitsministerium vor den Drohungen der Seeschiffswerften zurückgewichen.

Ich will das hohe Haus auch für das Elend jener Kreise interessieren, für die man sonst immer so schöne Worte übrig hat, das ist das Bankgewerbe. Besonders die Großbanken haben die Arbeitskräfte in der Inflationszeit in maßloser Zahl an sich gezogen, sie haben nicht ihre Substanz verloren, sondern sie investiert. Nachdem dann die Zeit der Wertverluste vorbei war, haben die patriotischen Großbanken, von denen sich die eine „deutsch“, die andere „national“ nennt, wie sie ihr Papiergeld eingestampft haben, auch ihre Arbeitskräfte eingestampft. Noch heute liegen 150 000 abgebaute Bankangestellte herum, nicht nur arbeitslos auf der Straße. Gleichzeitig hat man die Arbeitszeit aber von acht auf neun Stunden erhöht, um der Industrie mit dem Beispiel der verlängerten Arbeitszeit voranzugehen. Hat das Reichsarbeitsministerium sich an die Pflicht erinnert, auch solchen Berufen zu helfen? Ein 20jähriger Bankangestellter, der täglich mit großen Summen seine Botengänge machen muß, soll 94,80 M. monatlich erhalten. Ein qualifizierter Bankangestellter mit 20 Jahren sollte 118,80 M. bekommen. (Hört! hört! bei den Soz.) Das Höchstgehalt von 274 M. bekommt ein Bankangestellter, der völlig selbstständig arbeitet und betriebsfremd sein muß, der höchstens für nicht selbstständig arbeitende Beamte ist 224 M. im Monat.

Man ist jetzt drauf und dran, die allgemeinen Tarife der Berufsverbände durch die sogenannten Werktarife und die sogenannten Werkgemeinschaften abzulösen. (Hört! hört! bei den Soz.) Die Unternehmer, die früher gegen das Betriebsrätegesetz waren, erklären jetzt plötzlich die Betriebsräte für viel geeigneter als die Gewerkschaften für den Abschluß von Tarifen, es komme nur darauf an, die Betriebsräte von ihren Gewerkschaften loszulösen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Wenn das Arbeitsministerium von uns besonders scharf angegriffen werden muß, so liegt das daran, daß es unmöglich ist, sozialpolitisch das zu bedenken, was die soziale Reaktion des heutigen Reichskabinetts will. Wie war es bei der Uebernahme der Regierung? Die früheren Forderungen hätten nach dem Abzug der Ricum selbstverständlich die früheren Verträge einhalten müssen. Aber dieselben Ricumange-stellten, die man früher als Ruhrkämpfer gepriesen hatte, wurden nach Beendigung des passiven Widerstandes, obwohl die Verträge weiterbestanden, fristlos auf die Straße gesetzt, und das Reichsarbeitsministerium hat unterem Verhandlungsführer den Rat gegeben, die Angestellten möchten ihre Ansprüche bei der Ricum in Paris anmelden. (Hört, hört! bei den Soz.)

Hat der Arbeitsminister nicht daran gedacht, daß die Empfänger der 750 Millionen Mark die Verpflichtung hatten, ihren heraus-geworfenen Angestellten eine Entschädigung zu gewähren?

Man will also auf dem Gebiete der Arbeitsstreitigkeiten freie Bahn für die Klassenjustiz in Deutschland schaffen. Wie warnen den Arbeitsminister davor, etwa diesen Weg zu gehen. Auf diese Weise würde man die Sozialpolitik, und das heißt den lebendigen Menschen unter die Profitinteressen des Unternehmers unterordnen. Die Privatwirtschaft ist nicht Selbstzweck, sondern alle Wirtschaft muß in fehrer Linie betrieben werden um des Menschen willen. Das ist unsere sozialpolitische und sittliche Auffassung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Pfeiffer (DVB.): Den Ausführungen des Reichsarbeits-ministers bei der allgemeinen Aussprache stimmen wir zu. Das System der Zwangstarife widerspricht durchaus dem Prinzip der Vertragsfreiheit (Unruhe links). Der Vorredner hat von einem durchaus einseitigen Standpunkt aus Angriffe gegen die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände gerichtet, die sich den Verpflichtungen aus den Tarifverträgen entziehen und geradezu An-wendungen zu diesem Zwecke herausgegeben hätten. Dieser allgemeine Vorwurf ist durchaus hinfällig.

Abg. Stegerwald (Z.): Solange das heutige Verhältnis der deutschen Löhne zu den Weltmarktlöhnen besteht und solange die Schwächen der deutschen Gewerkschaften nicht behoben ist, ist es eine Notwendigkeit, daß der Staat in das Arbeitsverhältnis regulierend und vermittelnd eingreift.

Abg. Radel (Komm.) kritisiert die Ausführungen des Abg. Gol, der den reinen Unternehmerstandpunkt vertreten habe. Die Entscheidungen der Gewerbegerichte zugunsten der Arbeiter würden oft genau durch die Injämie der Unter-nehmer veranlaßt. Die Betriebsrätewahlen werden von den Unternehmern dadurch verhindert, daß die Wahlkandi-daten entlassen und auf die Straße gesetzt werden.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.): Herr Gol verkennet das Ver-hältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wenn er meint, die Schlichtungsausschüsse dienen nicht dem Arbeitsfrieden. Der Antrag der Deutschen Vorkpartei, wonach zu Schlichtern weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer bestellt werden dürfen, schießt weit über das Ziel hinaus.

Hierauf werden die Bestimmungen zum Kapitel „Erwerbslosenfürsorge“ nachgeholt. Die Ausfüh-rungsbestimmungen werden bestätigt, die Abänderungsanträge sämtlich abgelehnt.

Das Haus unterbricht hier die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums und wendet sich zur Fortsetzung der zweiten Beratung des mit Slam abgeschlossenen vorläufigen Wirtschaftsabkommens.

In einer Geschäftsordnungsdebatte stellt Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) nochmals fest, daß der Abg. von Freitagsh-Loring-hoven nicht gesagt hat, der Vertrag verstoße gegen die Ehre des Reiches, sondern er schädige das Ansehen des Reiches; das sei ganz etwas anderes. (Lachen links.) Wenn der sozialdemokratische Führer Müller-Franken erklärte, daß seine Partei gegen das Abkommen stimmen werde, weil die Deutschnationalen es als eine Schädigung des Ansehens und der Würde des Reiches hielten, so bedauere er nur, daß die Sozialdemokraten nicht schon früher sich die Ansichten der Deutschnationalen zu eigen gemacht hätten. Hätte der Abg. Müller-Franken bei dem Friedens-vertrag von Versailles auf unsere Ansicht geachtet, so würden wir heute nicht da stehen, wo wir jetzt bedauerlicher Weise durch seine Unterschrift stehen. (Beifall rechts. — Unruhe links.)

Abg. Dittmann (Soz.):

Ich bin ein wenig erstaunt darüber, daß der Herr Abg. Schulz (Bromberg) hier in solcher Erregung spricht. Ich weiß nicht, aus welchem Anlaß das geschieht. Herr Schulz, Sie wollen die Regierungspartei sein, Sie wollen die Regierungsmacht in Händen haben, Sie wollen im Deutschen Reich den maßgebenden Einfluß auf die ganzen Wirtschaftsverhältnisse des Reiches, auf die ganze Innen- und Außenpolitik ausüben, aber Sie drücken sich um die Verantwortung dafür. (Beifällige Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.) Und von uns verlangen Sie, daß wir Ihnen vor Ihren eigenen Wählern die Verantwortung abnehmen sollen für die Zustimmung zu Verträgen, die Ihre eigene Regierung vom Reichstage fordert. Den Befehlen werden wir Ihnen nicht tun. Wollten Sie Regierungspartei sein, wollen Sie die Reichsregierung, den Bürgerhaushalt stützen, bitte, dann lassen Sie hier im Reichstage auch selbst für die Vorlagen, die diese Reichsregierung dem Parlament unterbreitet, stimmen und eintreten, und deshalb werden wir Sie zwingen, Farbe zu bekennen.

Abg. Dr. Freiherr von Freitagsh-Loringhoven (Dnat.): Die Erklärung, die die Sozialdemokratische und Demokratische Partei am Sonnabend hier abgegeben haben, hat uns veranlaßt, unsere Stellung zum stamesischen Abkommen nachzu-prüfen. (Stürmische Heiterkeit und Zurufe links.) Meine Herren, messen Sie denn Ihren Erklärungen so wenig Gewicht bei, daß Sie nicht zu einer Nachprüfung führen sollten? Im übrigen wissen Sie, daß ein Teil meiner Freunde beabsichtigte, für das Abkommen zu stimmen, da er ungeachtet aller schweren Bedenken sich von der Rücksicht für die jetzt in Slam Anfassigen und infolge der Richt-ratifizierung durch eine Ausweisung bedrohten Volksgenossen leiten ließ. (Ab! Ab! links.) Die anderen Fraktionsmitglieder, zu denen auch ich gehöre, glaubten, daß diese Rücksicht hinter allgemeinen grundsätzlichen Erwägungen zurücktreten müsse, und wollten deshalb gegen das Abkommen stimmen. In dieser Absicht sind sie auch durch die Darlegungen des Herrn Außen-ministers nicht schwankend geworden. (Hört, hört! links.) In diesen Darlegungen wurde zwar mehr als ein Widerungsgrund angeführt; aber im wesentlichen ließen sie die von mir erhobenen Einwände unberührt, und in seinen Schlussworten stimmte der Herr Außenminister dem von mir gefällten Gesamturteil im ganzen doch zu. (Große Heiterkeit links. — Zurufe von den Soz.: Jetzt kommt ein Dreh! — Sie haben ganz recht! (Zuruf von den Soz.: Ein jüdischer Dreh! — Rein jüdisch wird er nicht sein; so ab-gesägt hat die Umgebung auf uns noch nicht. (Heiterkeit.) Wir können es aber nicht unberücksichtigt lassen, wenn Demokraten und Sozialdemokraten der hier behandelten außenpolitischen Frage eine Wendung — wenn Sie wollen, Herr Dittmann, einen Dreh — ins Innenpolitische geben und den Versuch machen, sich hier eine Waffe für den parlamentarischen Kampf zu schmieden. (Sehr richtig! rechts. Heiterkeit links.) Wir bedauern dieses Vorgehen ganz außerordentlich (Schallende Heiterkeit links.) — in Ihrem Interesse, meine Herren, bedauern wir es — da wir es für vollkommen unzulässig halten, außenpolitische Fragen nach innenpolitischen Gesichtspunkten zu entscheiden. (Erneute Heiterkeit links.) Nachdem diese Ver-quickung aber einmal vorgenommen ist, können wir sie nicht aus der Welt schaffen, müssen vielmehr in diesem Falle mit ihr rechnen. Eine Mehrheit für den Vertrag ist unter allen Umständen gesichert. (Heiterkeit links.) Daran vermögen die Sozialdemokraten nichts zu ändern.

Auf eine Ablehnung des Vertrags haben auch die Gegner des Vertrags in unserem eigenen Lager nicht gefolgt. (Stürmische, langanhaltende Heiterkeit links.) Unter diesen Um-ständen kommt es ihnen in erster Reihe darauf an, einen Einfluß auf das Auswärtige Amt auszuüben und ihm dem Auslande gegen-über den Rücken zu stärken, ihm die Möglichkeit zu geben, sich in künftigen Verhandlungen darauf zu berufen, daß eine große Partei im Reichstage tatkräftig darüber wacht. (Heiterkeit links.) daß keine Zugeständnisse gemacht werden, die über das Maß des Zulässigen und Erträglichsten hinausgehen. Dieses Ziel ist durch die am Sonn-aben hier geübte Kritik erreicht worden. (Große Heiterkeit links.) Jetzt tritt infolge des Vorgehens der Sozialdemokraten und Demokraten eine andere Auf-gabe in den Vordergrund. Es ist die, unsere außenpoliti-schen Beziehungen nicht zum Spielball parlamentarischer Trieb-würden zu lassen. (Schallende Heiterkeit links.) Das halten wir für gefährlich und für unvereinbar mit den Pflichten des Reichs-tags. Deshalb haben sich auch diejenigen unter uns, die Gegner des Vertrags sind, entschlossen, dafür zu stimmen. (Schallende Heiterkeit in der Mitte und links.)

Abg. Dittmann (Soz.):

Wir Sozialdemokraten quittieren mit Vergnügen über diesen ersten sichtbaren Erfolg unserer politischen Organisationsarbeit an den Herren Deutschnationalen. Die Aktion hat offenbar geoffen. Wir haben die Herren gezwungen, endlich einmal ihr Doppelspiel aufzugeben und auch offen in der Politik nach außen hin das zu vertreten, was ihre eigene Regierung als Politik betreibt. Wir sind der Meinung, daß die Ausführungen des Herrn v. Freitagsh-Loringhoven geeignet sind, in der politischen Öffentlichkeit auf-klärend über die demagogische Art zu wirken, in der die Deutschnationalen Politik zu treiben belieben. Wir werden dafür sorgen, daß diese ja im Stenogramm festgelegten Ausführungen des Herrn v. Freitagsh-Loringhoven möglichst breiten Volk-skreisen bekannt werden, damit ihnen die Augen über das Doppelspiel der Herren Deutschnationalen geöffnet werden, das sie so schön hier selbst entlarzt haben. (Bravo!)

Abg. Koch-Beyer (Dem.): Ich möchte beantragen, die Rede des Freiherrn v. Freitagsh öffentlich anzuschlagen. (Stür-mische Heiterkeit.) Niemand konnte mehr seine Verantwortungs-losigkeit zu erkennen geben.

Abg. Graf v. Westarp (Dnat.): Wir hätten nichts dagegen, wenn diese Rede öffentlich bekannt wird. (Heiterkeit.) Bei der namentlichen Abstimmung über den § 1 in der zweiten Lesung stimmen die Kommunisten, Sozialdemo-kraten und ein kleiner Teil der Demokraten dagegen. § 1 wird mit 244 gegen 129 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen, ebenso der Rest der Vorlage, die ohne Beratung auch in der dritten Beratung angenommen wird. Um 7 Uhr verlegt das Haus die weitere Beratung des Haus-halts des Reichsarbeitsministeriums auf Dienstag 2 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Der Deutsche Beamtenbund gegen den Rechtskurs.

In einer stark besuchten Versammlung nahm am Sonntag das Provinzialrat Berlin des Deutschen Beamtenbundes im Großen Schauspielhaus Stellung zum neuen Reichsgesetz und zur Bürgerrechtsreform. War auch die sachlich scharfe Rede des Bundesvorsitzenden Flügel äußerst vorsichtig abgefaßt, so bewiesen die vielfachen und oft sehr stürmischen Zwischenrufe der Versammelten, daß auch die Mitglieder des DBB. aus ihrer bisherigen Gleichgültigkeit aufgewacht sind und sich jetzt allerhand Gedanken über das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen machen. Herr Flügel behandelte in großen Umrissen die verschiedenen Beamtenfragen, und diese Aufzählung all dieser seit der Schaffung der Weimarer Verfassung noch ungelösten Probleme löst allerdings allein durch ihre bloße Erwähnung den ganzen Jammer unserer Beamtengesetzgebung erkennen. Die Frage, inwieweit die dem Deutschen Beamtenbund nahestehenden bürgerlichen Abgeordneten und ihre Parteien die Schuld an dieser Verschleppung tragen, ließ der Redner unerörtert. Von Interesse war die grundsätzliche Einstellung Flügels zum Beamtenrecht. Danach könnte der Aufbau Deutschlands nur erfolgen durch ein Berufsbeamtenrecht, das nicht aus Kreaturen besteht, die statt der Rückgrates einen Gummischlauch haben, sondern aus Persönlichkeiten. Für das Beamtenvertragsgesetz verlangt er Mitbestimmungsrecht und Schlichtungsausschüsse. Scharf kritisierte er die Denkschrift Schliebers zur Verdichtungsfrage, deren Tendenz im Widerspruch steht zu den Erklärungen des neuen Reichstags. Er kündigte eine Gegendenkschrift des DBB. an, die mit richtigen Zahlen aufwarten werde. Weiter verlangte er Befreiung des Sperrgesetzes und zeigte, daß auch hier die Regierung mit falschen Zahlen operiere. Eindeutig nahm er gegen die 700-Millionen-Liebesgabe für die Ruhrindustrie seine Stellung. Den Beamten aber sagte man stets, es sei kein Geld da. Er verlangt Befreiung der hohen Spannung, die auch eine volkswirtschaftliche Unmöglichkeit sei, sowie die Abschaffung der Wohnungsgeldzuschüsse, die ein neues Unrecht gegen die unteren und mittleren Beamten bedeuten. Auf steuer- und wirtschaftspolitischen Gebiet forderte er stärkere Belastung des Reichtums und erklärte sich gegen jeden Verbrauchssteuern. Im übrigen trat er für den Achtstundentag ein und wandte sich gegen die Urlaubsvorfürzung. Zum Schluß betonte er die Notwendigkeit der Einigung aller Beamten, die auf dem Boden dieser Forderungen stehen, und fand scharfe Worte über die Steuermoral der Besitzenden. Der Reichstag werde bei der nächsten Wahl Rechnung legen müssen, und dann werde sich zeigen, wie sich die einzelnen Parteien zu den hier aufgestellten Forderungen verhalten haben.

Eine im Sinne der Ausführungen des Referenten gehaltene Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Reichsbahn und Arbeiter.

Die Erwiderung der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft auf unseren in Nr. 17 des „Vorwärts“ erschienenen Artikel „Ausnahmerecht gegen die Reichsbahn“, die wir in der Sonntagsnummer veröffentlicht haben, ist ein Versuch, den wahren Sachverhalt zu verwechseln.

Die Hauptverwaltung behauptet, Zweck der von uns in jenem Artikel näher bezeichneten arbeitsrechtlichen Sonderstellung der Reichsbahnverwaltungen, die auch von der Reichsbahn-Gesellschaft in Anspruch genommen wird, sei nicht die Schaffung eines Ausnahmerechts gegen die Arbeitnehmer des Reichs, sondern die Einpassungsmöglichkeit jener Besetze in die Eigenart der Betriebsform der Reichsbahnverwaltungen. Für die Bestimmung des § 61 des Betriebsrätegesetzes, die in der Erwiderung der Hauptverwaltung als erstes Beispiel angeführt wird, trifft das zu, aber in allen übrigen Fällen dieser Art ist diese „Einpassung“ nur Vorwand, weil es nichts „einpassendes“ gibt. Alle Bestimmungen, die den Reichsbahnverwaltungen Sonderrechte gegen ihre Arbeiter und Angestellten verleihen, sind als „Einpassungsmöglichkeiten“ vollkommen überflüssig, denn in diesen Fällen stehen sich die für die Industrie geltenden Vorschriften ohne Schwierigkeiten auch auf die Arbeiter der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen an. Diese Bestimmung der Arbeitszeitverordnung, die in der Erwiderung der Hauptverwaltung erwähnt wird, bedeutet für die Arbeiter der Reichsbahnverwaltungen die Aufhebung des Tarifvertragsrechts hinsichtlich der Regelung der Arbeitszeit, und die Sonderstellung, die den Reichsbahnbehörden nach dem Schwerbeschäftigtengesetz zusteht, bedeutet, daß der öffentliche Arbeitgeber selbst die Zustimmung zur Entlassung der bei ihm beschäftigten Schwerbeschäftigten geben kann. Wenn das kein Ausnahmerecht gegen die Arbeiter des Reichs und der Reichsbahn-Gesellschaft sein soll, dann können wir uns ein Ausnahmerecht überhaupt nicht vorstellen.

Am übrigen stehen wir mit unserer Kritik an dieser Sonderstellung nicht allein da. In der von Heinz Potthoff herausgegebenen Zeitschrift „Arbeitsrecht“ beschäftigt sich bereits im November vorigen Jahres Obermagistratsrat Dr. Bollbrecht-Berlin in einem Artikel „Das Reich als Arbeitgeber und die Entwicklung des Arbeitsrechts“ mit dem gleichen Thema. Bollbrecht kommt als Jurist zu den gleichen Schlussfolgerungen, die wir gezogen haben. Er erklärt:

„Nur wer grundsätzlich das Arbeitsrecht in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben unterschiedlich von dem privaten Wirtschaftsleben geregelt sehen möchte, nur wer das öffentliche Arbeitsverhältnis vernünftigerweise mit hoheitsrechtlichen Erwägungen zugunsten des öffentlichen Arbeitgebers, wird dem öffentlichen Arbeitgeber eine arbeitsrechtliche Sonderstellung einräumen wollen.“

Die arbeitsrechtliche Sonderstellung der Reichsbahnbehörden und der Reichsbahn ist keineswegs durch die Eigenart der Betriebsform dieser Verwaltungen bedingt, sondern sie ist in der Tat das Ergebnis langer Bemühungen dieser Behörden, sich der Bindungen des deutschen Arbeitsrechts zu entziehen. Seit einigen Jahren ist dieses Bestreben deutlich sichtbar, und das ehemalige Reichsverkehrsministerium, die gegenwärtige Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn, stellte von jeder den Zentralherd dieser Bestrebungen dar. Und an der gleichen Stelle ist jener § 16 Abs. 4 des Reichsbahngesetzes entstanden, durch den die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft jene Sonderstellung, die sie normalerweise als Gesellschaft hätte verlieren müssen, für sich gerettet zu haben glaubt.

Und wenn nun gar die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft darlegt, sie bedürfe derartiger Erleichterungen, um die ihr durch den Reparationsplan auferlegten finanziellen Lasten tragen zu können, so ist darauf zu erwidern, daß der Dawes-Plan nicht beabsichtigte, diese Lasten durch eine Benachteiligung der Arbeiter und Angestellten aufzubringen. Die Anwendung des § 16 Abs. 4 des Reichsbahngesetzes ist aber nur ein Teil der bekannten Versuche, die Reparationslasten zu einem großen Teil auf die Arbeiterschaft abzumwälzen. Im übrigen zeigt die Reichsbahn-Gesellschaft dadurch, daß sie glaubt, sie könne die Reparationslasten leichter aufbringen, wenn sie die Arbeiter drangalziere und entrechtet, nur, daß bei der gegenwärtigen Hauptverwaltung der Reichsbahn die Voraussetzungen für die Erfüllung der Aufgabe, die ihr innerhalb des Reparationsplans gestellt ist, fehlen. Wir sind der Meinung, daß die Gesellschaft ihre Reparationsaufgaben im Zusammenarbeiten mit einem arbeitsfreundlichen Personal leichter erfüllen könnte. Und die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter der Reichsbahn wird auch nicht dadurch erhöht, daß die Gesellschaft den Arbeitern bei jeder Gelegenheit die sehr bescheidenen Vorteile auf dem Gebiete der Wohlfahrtsleistungen, die sie hier und da genießen, vorhält. Das tut die Gesellschaft nämlich nicht nur in ihrer Zuschrift vom Sonntag, sondern sie tut es bei jeder Tarifverhandlung, denn sie bemüht sich stets, diese kleinen Vergünstigungen zum Vorwande für eine schlechtere Bezahlung der Reichsbahnarbeiter zu benutzen. Wenn sie das damit erstrebte Ziel nicht erreicht, so danken das die Arbeiter der Reichsbahn dem Widerstande des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Aber daraus ergibt sich, daß die Gesellschaft kein Recht hat, sich auf diese sogenannten Wohlfahrtsleistungen zu berufen. Sie stellen auf keinen Fall einen Grund dar, die Arbeiter der Reichsbahn in rechtlicher Beziehung in der dargestellten Weise über's Ohr zu hauen.

Neue Tarifverhandlungen im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, finden am kommenden Donnerstag im Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen zwischen dem bisherigen Träger des Reichstarifvertrages für das deutsche Bankgewerbe statt.

Transportarbeiter der Metallindustrie.

In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung nahmen die Transportarbeiter am Sonntag, den 8. Februar, in den Germania-Drachhäusern zu den Auswirkungen ihres letzten Lohnabkommens Stellung. Fromke vom Verkehrslande berichtete, daß der Verband Berliner Metallindustrieller den für verbindlich erklärten Lohnvertrag anernannt habe und die in ihm enthaltenen Mindestlohntafeln zahlte. Noch nicht geklärt Streit besteht darüber, ob die Arbeitgeber berechtigt sind, in den erhöhten Mindestlohn die einzelnen Arbeitern gewährte Leistungszulage hinein-zurechnen.

Die Sektionsleitung betrachtet die Leistungszulagen als einen über den Korporativvertrag hinausgehenden Individualvertrag und vertritt den Standpunkt, daß diese durch die Erhöhung der Mindestlöhne nicht berührt werden. Es sind bereits Schritte getan worden, um im Wege eines ordentlichen Gerichtsbeschlusses hierüber Klarheit zu schaffen. Die gleiche Ansicht wird auch vertreten zu den unberechtigten Abzug von Zulagen, die bisher kinder-reicheren Arbeitern mit mehr als zwei Kindern gezahlt worden sind. Auch hierüber soll eine gerichtliche Entscheidung eingeholt werden. Besonders scharf kritisiert wurde das Verhalten einiger Mitgliedsfirmen des BBRM., die sich immer noch weigern, die erhöhten Mindestlohntafeln zu zahlen. Gegen derartige Firmen soll mit allem Nachdruck vorgegangen werden.

Es wurde dann die Frage gestellt, was die Transportarbeiter der Berliner Metallbetriebe zu tun gedenken, wenn der Vertrag seiner Laufzeit entgegengelt und ob der Wille und die Kraft besteht, das Abkommen zu kündigen, damit an die Stelle der jetzt noch als unzureichend zu bezeichnenden Löhne bessere gestellt werden können. In einer lebhaft geführten Diskussion sprachen sich alle Redner für ein Vorwärtstreiben der Lohnbewegung aus und zeigten an Hand der erlangten Verdienste, daß diese noch weit davon entfernt seien, um als auskömmlich angesehen zu werden. Mit den jetzt erzielten Wochenverdiensten von 21 und 22,50 M ist noch keinem Arbeiter die Möglichkeit gegeben, seine Lebensbedürfnisse befriedigen zu können. Eine in diesem Sinne gehaltene Entschließung fand einstimmige Annahme, ebenso eine Entschließung, die sich gegen die Art der Behandlung der Amnestieerträge wendet und erneut die Freilassung der politischen Gefangenen fordert.

Die Ruhrbergleute gegen den Arbeitszeit-Schiedspruch.

Bochum, 9. Februar (Eigener Drahtbericht). Am Sonntag fand eine Funktionärskonferenz des Bergarbeiterverbandes statt, in der folgende Entschließung gegen den Schiedspruch angenommen wurde:

„Die Konferenz der Funktionäre des Bergarbeiterverbandes nimmt von dem in der Mehrarbeitsfrage gefällten Schiedspruch Kenntnis und erklärt sich damit einverstanden, daß die Verhandlungsleitung denselben ablehnt. Sie erwartet vom Reichsarbeitsminister, daß er die etwa beantragte Verbindlichkeitsklärung nicht auspricht. Die Konferenz stellt sich voll und ganz hinter die von den Verhandlungsleitungen gestellten Forderungen und macht sich die von ihnen bei den Partei- und Schlichtungsverhandlungen hierfür gegebene Begründung zu eigen.“

In zahlreichen Delegatensammlungen haben die Bergarbeiter den Schiedspruch für den Ruhrbergbau abgelehnt. Eine Stellungnahme des Gewerkschaftsverbandes zum Schiedspruch ist noch nicht erfolgt, doch deuten alle Anzeichen darauf hin, daß auch er ihn ablehnen wird.

Schiedspruch für die mitteldeutsche Metallindustrie.

Halle, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht). Der vom Schlichtungsausschuß gefällte Lohnschiedspruch für die Metallindustrie der Tarifgebiete Anhalt, Halle, Magdeburg, der ab 1. Februar für den Hauptarbeiter über 23 Jahre einen Mindestlohn von 58 Pf., für den angeleiteten Arbeiter von 51½ bezw. 52 Pf. und für den ungeleiteten Arbeiter von 46 bezw. 46½ Pf. vorlieht, ist von beiden Parteien angenommen worden. Der Schiedspruch hatte zunächst bei den Metallarbeitern großen Unwillen hervorgerufen und zahlreiche Entschließungen forderten die Ablehnung des Schiedspruches. Allgemein wurde seine Ablehnung für den

Fall verlangt, daß die Unternehmer ihn ablehnen. Der Bezirksleitung gelang es jedoch, durch Verhandlungen mit dem Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller eine Verständigung herbeizuführen, so daß beide Teile den Spruch annahmen. Das neue Abkommen kann zum ersten Male zum 28. März gekündigt werden.

Die „Bürgerschaft“.

Eine Funktionärskonferenz der Uebertagearbeiter des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter im Ruhrgebiet erklärte in einer Entschließung, daß man sich mit dem vom Reichsministerium vorgegebenen Regelung der Arbeitszeit für die Tagesarbeiter im Ruhrbergbau nicht zufrieden geben könne, sondern die Einführung der Achtstundentage nicht gefordert werden müsse. Die Konferenz erwartet von dem in den nächsten Tagen zusammentretenden Schiedsgericht, daß es den Wünschen der Tagesarbeiter in der Arbeitszeitfrage Rechnung trägt. Ferner erwartet die Konferenz, daß das Reichsarbeitsministerium seinen Befehl über die Verkürzung der Arbeitszeit für die Kohlearbeiter revidiert und allen Arbeitern in durchgehenden Betrieben die achtstündige Schicht gibt.

Die „Königsche Zeitung“ schreibt dazu: „Bei den Beratungen, die zur Wiedereinführung des Dreischichtensystems für die Hochöfen- und Kokerarbeiter führten, hatten sich die Gewerkschaften als „Bürgen“ dafür eingesetzt, daß diese Bergarbeiter (!) nicht auf andere Betriebe und andere Gruppen übergriffen und eine allgemeine Arbeitszeitfrage in der Industrie herbeizuführen würde. Es ist zu beklagen, daß tatsächliche Gesichtspunkte so stark die Grundzüge von Treu und Glauben übermühen, daß die christlichen Gewerkschaften diese Entwicklung hemmungslos mitmachen und von ihrer Bürgerschaft zu einer immer mehr um sich greifenden strapalosen Kampftaktik übergeben.“

In dieser Notiz wird also erst behauptet, daß die Gewerkschaften sich dafür „verbürgt“ hätten, daß die „Bergarbeiter“ der Abschaffung des Dreischichtensystems auf einen 2-er-der-Hüttenarbeiter beschränkt bleiben soll, während nach dem die christlichen Gewerkschaften als „Bürgen“ angegeben werden. Ohne bestimmte Angaben, von welchen Personen die „Bürgerschaft“ übernommen worden sein soll, wann, wo und in welcher Weise, ist diese Behauptung hinfällig. Wenn wirklich irgendein Unterhändler einer Gewerkschaft aus tatsächlichen Gründen zur Erhaltung der Gegenseitigkeit der Unternehmer Verhandlungen gemacht hätte, die von den Unternehmern als „Bürgerschaft“ aufgeführt wurden, so sind die Gewerkschaftsmitglieder an eine derartige „Bürgerschaft“ in keiner Weise gebunden. Die Gewerkschaften sind nicht dazu da, um sich zu verbürgen, daß das Joch des Dreischichtensystems von einzelnen Arbeitergruppen nicht abgeworfen wird. Im Gegenteil, die Existenz der Gewerkschaften ist „Bürgerschaft“ für den Kampf um den Achtstundentag.

Wenn aber in diesem Zusammenhang von den Unternehmern über Bruch von Treu und Glauben geklagt wird, so darf nur daran erinnert werden, daß die Unternehmer die Millionen schon in der Tasche hatten als sie noch immer unter Hinweis auf die Ricum-Listen die Aufrechterhaltung des Dreischichtensystems forderten, dessen Aufhebung mit dem Ende der Ricum-Listen fällig war. Die Herrschaften heinden sich in der Rolle des betrogenen Betrügers, wenn sie über Verletzung einer angeblichen Bürgerschaft klagten.

Neue Verhandlungen im Hamburger Werftarbeiterstreik.

Da die Verhandlungen zwischen der norddeutschen Gruppe der Seeschiffswerften und den Vertretern der Werftarbeiter wegen der Regelung der Lohn- und Arbeitszeitfrage auf den Seeschiffswerften ergebnislos verlaufen waren, werden heute, Dienstag, vormittag beide Parteien in Gegenwart eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums erneut verhandeln. Die Vertreter der Werften beabsichtigen, den von den Werftarbeitern abgelehnten Schlichtungsvorschlag vom 27. Januar als verbindlich erklären zu lassen.

Beilegung des Konflikts im Saarbergbau.

Saarbrücken, 9. Februar. (Rit.) Der Konflikt im Saarbergbau ist durch die gestrigen Revidierkonferenzen zu einem vorläufigen Abschluss gekommen. Die Organisationen haben — wenn auch unter Protest — das französische Angebot (1,60 Frank Schichtlohnsteigerung) angenommen und sich gegen einen Streik im gegenwärtigen Augenblick ausgesprochen. Als Voraussetzung für diesen Beschluß wurde jedoch bezeichnet, daß die französische Bergbauverwaltung ihrem Versprechen, jedem weiteren Anziehen der Steuerrechnung Rechnung zu tragen, nachkommt. Da die Lebenshaltungskosten seit Dezember 1924 um acht Punkte gestiegen sind, sieht der Deutsche Bergarbeiterverband den Zeitpunkt für gekommen, in neue Verhandlungen einzutreten. Auf scharfste wurde in den Verhandlungen die alte durchsichtige Verbotsklause zurückgewiesen, daß die rein wirtschaftliche Bewegung der Bergarbeiter „von Berlin aus“ inszeniert sei.

Achtung, Karosierarbeiter! Wegen Verweigerung von Streikarbeiten für die Firma Daimler, Sindelfingen, sind sämtliche Arbeiter dort ausgetippt.

Achtung, 2. Bme u. Co., Hallesche Straße, Heute nachmittag 5 Uhr bei Erller, Berlin-Spandau, 7. wichtige Versammlung aller GBT. Genossen. Jeder muß erscheinen. Der Fraktionsvorsitz.
Achtung, GBT., Gemeindef. und Staatsarbeiter! Am Donnerstag, den 12. Februar, abends 7 Uhr, im „Rosenkranz Hof“, Rosenkranzstraße 11/12 (weiser Soal), Sitzung aller auf dem Boden der GBT. stehenden Mitglieder der Generalversammlung des Verbandes. Stellungnahme zu der Generalversammlung am 13. Februar. Wahl des Fraktionsvorstandes. Beschlüsse. Verlebensweg und Mitgliedsbuch des Verbandes ist mitzubringen. Schließen Besuch erwartet. Der Fraktionsvorsitz.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Caterano; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Schütz; Kultur: Reuter; A. S. Richter; Politik und Sozialist: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Gluck; sämtlich in Berlin. Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Toni Singer u. Co., Berlin SW 44, Unter den Eichen 2, direkt 2. Stockwerk und „Unterhaltung und Wissen“.

Weißer Zähne erzielen Sie schon durch 1-2 malige Putzen mit dem herrl. erfrischend schmeckend. Zahnpaste **Chlorodont**. Gegen üblen Mundgeruch wird auch mit Erfolg Chlorodont-Mundwasser verwendet.

Sophien-Säle Sophienstraße 17-18. Norden 9296. **Säle frei!**



Gründliche Kräftigung und Auffrischung

verschafft das vorzügliche, billige, wohl schmeckende Biomalz. Es gibt wohl kein einfacheres, bequemer Mittel; keines erfreut sich einer gleich großen und uneingeschränkten Beliebtheit wie Biomalz. Neben der Hebung des Kräftegefühls tritt fast immer eine auffallende Besserung des Aussehens ein. Man fähigt sich geradezu wie verjüngt. Mit keinem andern Kräftigungsmittel kann man bessere Erfolge erzielen als mit Biomalz.

Was nehmen die Kräfte?
 Alle Organparate und Eisenmittel erzielen nicht die Wirkung, was Appetitregung und Kräftigung anlangt, wie Biomalz. In meiner eigenen Familie bin ich mit der Anwendung ganz besonders zufrieden. Dr. R. in G.
 Das von mir schon oft und mit gutem Erfolge in der Praxis verordnete Biomalz wird nun diesmal meinen Kindern zugute kommen. Dr. med. R.

Biomalz hat sich bei meiner Frau und beiden Söhnen vorzüglich bewährt. Dr. Fritz v. R.
 Neu: Biomalz-Bonbons, helles Zunderungsmittel bei Husten und Halsschmerz, vorzüglich bei Kindern, je Beutel 30 Pf. und Biomalz-Schokolade je 100 Gramm. Preis 60 Pf.

Schließlich in Apotheken, Drogeriehandlungen und einschlägigen Geschäften. Preis einer Dose Biomalz 1,90 Mark mit Beilage 5 Mark, mit Eisen (für Blutarme und Blutschwache) 2,50 Mark, mit Kalk (für Dünnselbende) 2,50 Mark. Druckschriften auf Wunsch umsonst und postfrei.
 Gehr. Ostermann, Tel Aviv-Berlin 14.

Erlebnisse am Wittenbergplatz.

Was kann man denn schon am Wittenbergplatz großes erleben, nicht wahr? Nun denn, es sei sogleich gesagt: Am Wittenbergplatz lernte ich — zunächst — den höflichsten Mann von Berlin kennen. Und das kam ja. Es war an einem Mittag. Ein Zeitungswagen kommt herangerast mit Mittagszeitungen. Die Tür fliegt auf. Heraus springen diese Pakete. Zeitungshändler stehen und warten. Jeder kriegt seinen Pack und zieht ab. Ich gehe zu einem. Er reicht mir das Blatt. Ich zahle mit einem Markstück. Der Mann muß nach kleinem Geld fahnen. Er gibt mir grobchenweise zurück und behält seinen einen für die Zeitung. Dann sagt er sehr freundlich und sehr höflich: „Danke bestens!“ Und ist davon. Der Mann dankt? Und ich hätte danken müssen, daß er mir herausgab. Der Mann, ein ganz schlichter, einfacher Mensch, freut sich, daß man ihm — die Konkurrenz ist groß — eine Zeitung abnimmt. Und der Dank war durchaus natürlich. Wenn nun dieser einfache Mann für einen Groschen Einnahme schon so höflich ist, wie höflich und zuvorkommend müßten erst die vielen Geschäftsleute sein, denen man für das Vielfache eines Groschens abkauft. Darüber gäbe es manches bittere Wort zu sagen. Kurzum, der Zeitungsmann am Wittenbergplatz ist der höflichste Mann, der mir seit Monaten in Berlin vorgekommen ist. Ueberhaupt sind die Zeitungsmänner und Zeitungsfrauen im allgemeinen freundlichste und höfliche Menschen. Man achte nur mal darauf.

Am Wittenbergplatz steht auch ein Brunnen. Ein richtiger eiserner Straßenbrunnen mit einem Schwengel daran. Gut, das ist nichts von Belang. Solche Brunnen gibt es in ganz Berlin. Es begab sich aber folgendes: Ein Herr kommt mit einem Bogen an der Seite. Der Bog hat Durst. Unten vor dem Brunnen ist in der Granitplatte eine kleine Vertiefung. Der Bog kennt sie und will laufen. Es ist aber kein Wasser drin. Da hebt sich der Bog, stemmt sich zwischen Pumpe und Schwengel, bummelt mit dem Kopf immer gegen den Schwengel und hebt ihn ein wenig hoch, läßt ihn fallen und hebt ihn wieder hoch. Er kann ja nicht sprechen, der gute Bog. Aber ist das, was er hier tut, nicht wunderbar und mehr wert als das, was ein „sprechender Hund“ je geleistet hat? Jeder andere Besitzer hätte sein schlaues Tier geliebt und ihm Wasser spendet. Dieser Kerl zerrte den Bog müßig an der Seite vom Brunnen hinweg. Das war nicht höflich und auch nicht gut.

Und ein drittes. Ein Straßenbahnwagen, voll besetzt, hält an der Seite des Untergundbahnhofs. Born an der Schranke ein blondes, frisches Mädel mit einem leeren Einholerford. Den läßt sie sorglos über den Rand baumeln. Auf dem Bürgersteig steht ein eleganter Herr, ganz schwarz; Paletot, Hut, Haar, Augenbrauen, Augen. Egotisch und interessant. Er frißt das Mädel förmlich. Aber es hat keinen Zweck. Der Wagen fuhrt ab. Der Herr guckt. Das Mädel guckt zurück. Der Herr wird elegisch. Da fällt plötzlich dem Mädel der Korb aus der Hand. Oder, man kann das nie wissen, ließ sie ihn fallen? Jedenfalls, er fiel. Rief einem Straßenarbeiter auf den Kopf. Der hebt Kopf und Korb erstaunt hoch, dreht den Korb hin und her. Sieht sich um. Was tun? Da kommt der schwarze Herr sehr eilig und selbstbewußt einher: „Geben Sie!“ Der Arbeiter gibt wortlos. Der Herr mit Korb und langen Schritten hinter dem Wagen hinterher. Natürlich, an der nächsten Haltestelle wird das Mädel absteigen und warten. Und der Herr, der den Korb hat, wird vermutlich seinen Korb bekommen. Denn er hat Chancen! Du liebe Güte, hat der doch jetzt Chancen!

So was also kann man am Wittenbergplatz innerhalb zehn Minuten erleben. Und manchmal noch ganz andere Dinge!

Zwei Todesopfer angetrunkenen Chauffeurs.

Zwei weitere Opfer des Straßenverkehrs wurden am Sonntagabend der 30 Jahre alte Gustav Zietzen aus der Strahmannstraße 12 und der 51jährige Töpfer Otto Bücker aus der Kniprodstraße 19. Beide zogen einen Handwagen, als sie in der Petersburger Straße vor dem Haupte 18 von einem Kraftwagen von hinten angefahren wurden und mußten zur Rettungstelle transportiert werden, wo bei Zietzen schwere innere

Verletzungen festgestellt wurden, die seine Ueberführung in das Krankenhaus am Friedrichshagen notwendig machten. Bücker kam mit einer leichten Beinquetschung davon und konnte seine Wohnung selbst aufsuchen. Die Schuld trifft den Führer des Kraftwagens, da er angetrunken war. — In der letzten Nacht gegen 3 1/2 Uhr kam der Straßenbahnarbeiter Ewald Fischer mit einem Handwagen von einer Straßenbahnregulierung die Berliner Straße in Potsdam entlang gefahren, als plötzlich aus einer Seitenstraße eine Autodroschke um die Ecke bog und Fischer überfuhr, der sofort tot war. Fischer hinterläßt Frau und drei Kinder. Auch dieser Chauffeur war anscheinend nicht mehr nüchtern. Die Untersuchung wird das weitere ergeben. — In der achten Abendstunde wurde am Sonntag die 63 Jahre alte Frau Marie Kunze und ihr 39 Jahre alter Sohn, der Proturist Kurt K. aus der Bernburger Str. 51 vor dem Wohnhause der Mutter, Joachimsthalerstr. 37, durch eine Autodroschke von hinten überfahren. Frau Kunze erlitt schwere Rippenbrüche und eine Quetschung des rechten Fußes, ihr Sohn eine schwere Brustquetschung. Nach Zeugenaussagen soll der Chauffeur die Gewalt über die Steuerung verloren haben.

Die Potsdamer Bombenspieler.

Zuchthausstrafen für sämtliche Angeklagten.

In dem Prozeß wegen des Potsdamer Bombenanschlags wurde gestern das Urteil gefällt.

Das Schwurgericht kam zu der Ueberzeugung, daß sich Ruhmann und Balancgat zur Begehung eines Bombenattentats ernstlich verabredet hatten. Wenn man berücksichtigt, daß die Bomben in die Menschenmenge und die angehäufte Schupomannschaft geschleudert werden sollten, so müßte die Strafe erheblich über das Mindestmaß von 5 Jahren Zuchthaus laut § 6 des Sprengstoffgesetzes hinausgehen. Das Gericht hat aber berücksichtigt, daß die eigentlichen Verantworlichen nicht auf der Anklagebank sitzen, sondern die jugendlichen Angeklagten vorgeführt haben. Infolgedessen ist das Gericht im wesentlichen nicht über die Mindeststrafe hinausgegangen und hat gegen jeden der beiden Angeklagten auf 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus, drei Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Bei dem Angeklagten Sommerfeld wurde als erwiesen angenommen, daß in seiner Wohnung Sprengstoffe verteilt worden sind. Es wurde gegen ihn auf zwei Jahre Zuchthaus erkannt. Den Angeklagten wurden 8 Monate Untersuchungshaft angedroht. Der Antrag auf Bewährungsfrist bei den jugendlichen Angeklagten wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag auf Haftentlassung bei Sommerfeld. Die Angeklagten wurden sodann abgeführt.

Der Staatsanwalt hatte gegen Ruhmann und Balancgat je 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus, gegen Sommerfeld 3 Jahre Zuchthaus wegen Verbrechens gegen § 6 b. m. 7 des Sprengstoffgesetzes beantragt. Acht Monate sollen auf die Untersuchungshaft angerechnet werden. Rechtsanwalt Dr. Samter hatte sich gegen die Angriffe des Staatsanwalts auf die SPD. gewandt. Rechtsanwalt Liebfnecht hatte für den Angeklagten Sommerfeld angeführt, daß er getuschelt worden war und schon beim Anblick der Pistolen in Aufregung verfiel wurde. Weinend versicherte der Angeklagte Ruhmann: „Wenn ich gewußt hätte, welche Mittel angewandt werden sollten, hätte ich mein Leben niemals geopfert für einen solchen Quatsch.“ Der 17jährige Angeklagte Balancgat versichert unter Tränen dasselbe. Er hat zu berücksichtigen, daß er damals erst etwa 18 Jahre alt war und ihm Bewährungsfrist zu gewähren.

Der Mord bei Dammstein.

Die Ermittlungen zur Aufklärung des Verbrechens bei Dammstein sind gestern durch einen Vortermin und Zeugenerhebungen an Ort und Stelle zu einem gewissen Abschluß gebracht worden. Zu der Ortsbesichtigung war der Verhaftete Otto Krause in einem Auto nach der Nordseite hinausgebracht worden. Hier wurden an Hand seines Geständnisses alle seine Angaben nachgeprüft. Es ergab sich, daß zwischen dem Mörder und seinem Opfer an zwei Stellen gekämpft worden war. Bei einer genauen Absuchung dieser Stelle fand man auch die Mordwerkzeuge, einen kleinen Trommelrevolver, der noch zwei scharfe Patronen enthielt, das Taschenmesser des Mörders und seinen Kneifer, den er im Kampfe verloren hatte. An der zweiten Kampfstelle hatte Krause zum Messer gegriffen, weil ihm Panikde

den Revolver aus der Hand geschlagen hatte und er ihn in der Finsternis nicht wiederfinden konnte. Bei der Rette fand man auch ein Paar Handschuhe des Ermordeten. Nach Schluß des Termins trachten die Kriminalbeamten den Mörder gestern Abend wieder nach dem Gerichtsgefängnis in Potsdam. Die Ermittlungen nach dem Verbleib der 21 Jahre alten Elise Franz werden fortgesetzt. Es besteht der dringende Verdacht, daß Krause auch dieses Mädchen ermordet hat. Er bestreitet es noch.

Die „Hirsch“-Polizei.

Völlischer Wachdienst. — „Juden bewachen wir nicht.“

In Berlin besteht seit längerer Zeit der „Wacht- und Sicherheitsdienst Groß-Berlin“. Die Generaldirektion befindet sich Potsdamer Straße 74. Bei dieser Gesellschaft herrschen, wie uns mitgeteilt wird, Zustände, die allem republikanischen Wesen ins Gesicht schlagen, und die verschiedensten eigenartigen Vorgänge und Vorfälle bei dieser Gesellschaft dürften nicht nur das Publikum auf das äußerste befremden, sondern auch die Behörden, namentlich die Polizei und das preussische Innenministerium, auf das lebhafteste interessieren.

Seiter des Wacht- und Sicherheitsdienstes ist der Herr Major a. D. v. Hirsch-Schwabe, ein früherer aktiver Offizier, der ebenso wie die Offiziere, Hauptmann a. D. Graevenstein und Leutnant a. D. Schoen, der Ehrhardt-Brigade nahe gestanden haben. Von anderen Offizieren des Wacht- und Sicherheitsdienstes erzählt man sich sogar, daß sie der Organisation Consul angehört haben. Das Personal besteht durchweg aus Nationalsozialisten und Völlischen. Ferner befinden sich unter den Mannschaften verschiedene, die früher bei der Schupolizei waren, aber wegen völliger Untriebe entlassen wurden. Diese Leute namentlich sind die geeignetsten für den Wacht- und Sicherheitsdienst und werden hier mit offenen Armen empfangen. Wenn jemand um Aufnahme als Beamter nachsucht, wird er zuvor auf Herz und Nieren dahin geprüft, ob er auch in keiner politischen Beziehung radikal rechtsstehend ist. Erst wenn diese Prüfung zur Zufriedenheit ausfällt, findet er Aufnahme, muß aber vier Monate Probezeit absolvieren, ohne mit einem Pfennig dafür entschädigt zu werden. Auf der anderen Seite aber ist genügend Geld dafür vorhanden, daß in den Büroräumen der Gesellschaft am Geburtstag des Herrn Majors ein großes Gelage mit „Damen“ veranstaltet werden kann. Hauptaufgabe des Wacht- und Sicherheitsdienstes scheint die Pflege des Antisemitismus zu sein, der nicht selten die widerlichsten Formen annimmt. Der Gesellschaft liegt es natürlich daran, möglichst viel Kunden zu erhalten, deren Wohn- und Büroräume sie bewacht. Um neue Kunden zu bekommen, unterhält der Wacht- und Sicherheitsdienst Agenten, die Bewachungsaufträge von großen Firmen heranschaffen müssen und dafür Provision erhalten. Als einer der Agenten einen Bewachungsauftrag der Firma Reger in Berlin brachte, wofür ihm 100 M. Provision zustanden, erklärte Herr Hauptmann a. Graevenstein: „Aus! Juden bewachen wir nicht!“ Der Agent erhielt natürlich nichts. Wie der Herr, so natürlich auch das Geschick! Von demselben schönen antisemitischen Geist sind auch die Mannschaften besetzt. Es kommt nicht selten vor, daß jüdische Passanten, die nachts die Beamten des Wachdienstes um Auskunft baten, mit Schimpfwörtern belegt und angerempelt wurden. — Das Polizeipräsidium, und namentlich die Abteilung IA, hat wiederholt beim Wacht- und Sicherheitsdienst Haus-suchungen vorgenommen, um festzustellen, ob außer den Pistolen für die Mannschaften noch andere Waffen vorhanden sind. Einer der leitenden Herren tat diese Haus-suchungen mit den Worten ab: „Das Judenpöbel ist zu dämlich, um uns zu fassen!“ — Während des Rapp-Putsch verhandelte übrigens ein Hauptmann Hirsch mit dem damaligen Minister Dr. Schiffer über die Amnestierung der Rapp-Rebellen. Sie wollten abgehen, wenn ihnen Straffreiheit zugesichert werde. Der Schluß ist wohl berechtigt, daß der „Sicherheits-Hirsch“ mit jenem gnadeheischenden Rappisten identisch ist.

Der Wacht- und Sicherheitsdienst ist in rechtstehenden Kreisen unter dem Namen Hirsch-Polizei sehr bekannt und sehr populär, und man ist hier stolz darauf, solch „zuverlässige“ Leute zum Schutz zur Seite zu haben. Es ist hoch an der Zeit, daß sich die Behörden einmal ganz energisch mit diesem Wacht- und Sicherheitsdienst und seinen Praktiken befassen!

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

17] Von Wilhelm Hegeler.

„O Jugend!“ lachte Rysed. „Selbst der Tod wird ihr zum Spaß. Aber recht habt ihr. Begrabt ihn und pflanzt ein Blümchen auf sein Grab und vergießt eine Träne. Das gehört ja dazu. Und du, Ralf, häßst die Beichenpredigt. Du guter, dummer Maitäfer, mußt du sprechen, du hast das Glück gehabt, dich an eine Mädchenhand zu binden und hast das Glück so schlecht verstanden. So geht's den alten Maitäfern. Freilich gib's auch Menschenhände,“ fuhr er fort, und sein Blick sprang dunkel höhnisch zu Elisabeth an, „die greifen erst zu und stoßen dann zurück. Auch das pflegt nicht gut zu bekommen.“

„Was heißt das?“ fragte Elisabeth. „Nichts. Nur ein Scherz. Weil Sie vorhin so vorwurfsvoll fragten, warum ich mich nicht gebunden hätte.“

„Es sollte kein Bormurj sein.“ Der kleine Ralf fragte halb schüchtern, halb ted: „Wie ist das eigentlich mit dem Märchen, das Sie uns aufführen wollten?“

„Wahrhaftig, ja... das hatte ich ganz vergessen. Aber natürlich wird das gemacht.“

Nach gab er Elisabeth die nötigen Erklärungen und bat sie, ihm die Kinder am Nachmittag zu überlassen.

„Heute nachmittag wollten Sie doch reisen.“

„Ich reise morgen.“

„Aber Sie sollen der Kinder wegen nicht Ihre Dispositionen umstoßen.“

„Mein Kredit steht mir höher. Soll ich den Kindern meine Versprechungen nicht halten? Frau Hoff, vertrauen Sie sie mir an! Kinder, helft mir mal eure Mutter büten.“

Nachdem gab Elisabeth dem gemeinsamen Ansturm nach.

„Also,“ sagte er, in straffer Haltung sein Jackett zupfend, „auf nach Schlaraffenland! Können ihr auch tüchtig essen?“

Was das betraf, so rühmten die beiden sich ungeheurer Leistungen.

Aber nun entstand noch ein Bedenken. Man konnte doch nicht den ganzen Nachmittag in einer Konditorei sitzen. Elisabeth schlug den Zoologischen Garten vor. Diese Idee fand allgemeinen Beifall. Ralf freute sich auf die wilden Tiere, Susi auf die Käfer.

Nachmittags war Rysed pünktlich zur verabredeten Zeit wieder da. Und wenn Elisabeth anfangs einige Bedenken

gehabt hatte, wie dies Unternehmen ablaufen würde, die Mäntel und Tücher, die er mitgebracht hatte, seine umständlichen Fragen zeigten ihr, daß dieser Junggeselle es zum mindesten an Sorgfalt mit dem zärtlichsten Vater aufnehmen würde. Als das Auto abfuhr, sahen drei vor Wichtigkeit und Erwartung strahlende Kinder darin.

Abends kehrten sie zurück, die Kinder mit Eindrücken geladen und durcheinander schwärmend für vier, Rysed etwas still. Aber alle waren sich darüber einig, daß es ein äußerst glänzender Nachmittag gewesen sei. Auch als Elisabeth die beiden zu Bett brachte, konnten sie des Erzählens kaum ein Ende finden. Der Spender der Herrlichkeiten aber sah todmüde in seinem Sessel und gähnte so herzhaf und unermüdlich, wie Elisabeth nach selten einen Menschen hatte gähnen sehen. Als sie ihn einlud, zum Abendessen zu bleiben, schüttelte er nur den Kopf.

„Herzlich gern, aber ich kann nicht. Ihre Kinder haben mich erledigt. Rein, was solche kleinen Wesen an Kraft konsumieren! Ich will noch ein bißchen ruhig sitzen und mich dann schlafen legen. Wenn ich darf, komme ich morgen wieder.“

Was war den beiden Männern zugestoßen? Nichts weiter, als daß der höhlängige Schulterlopper Tod sie aus ihrem Lebensschlaf gerüttelt hatte. Rysed aus seinem ruhelosen Fieber, als seinem bequemen Schummer Hoff. Als Ryseds Arbeitsmaschine, die Jahre hindurch auf das äußerste Kraftmaß eingestellt gewesen war, plötzlich eine Hemmung, eine leichte Störung erfahren hatte, so daß er sie abstoppen mußte, um sie dann nicht wieder in Gang zu bekommen, denn der erste kurze Schwindelanfall hatte sich sehr bald in dauernde Angst- und Spannungszustände verwandelt, da war die Folge gewesen, daß zugleich sein Glücksbedürfnis aus einem langen Starrkrampf erwacht war. Sein plötzliches Heimweh, die Sehnsucht nach Elisabeth war nichts als ein Bedürfnis nach Wärme und menschlicher Teilnahme, war Gefühlshunger und Verzweiflung seines verödeten Herzens.

Als in das Laboratorium, wo Professor Hoff in emsig stiller Arbeit seine Tage verbrachte, der Tod einen so grotesten Vertreter hereingeschickt und ihn gemahnt hatte, daß seiner Arbeit, deren Dauer und Ziel er bisher nie fest umgrenzt hatte, möglicherweise ein nahes Ende gesetzt sei, hatte das sein Lebensgefühl zugleich gesteigert und abgeschwächt. Gesteigert in allem, was seine Arbeit betraf, abgeschwächt in jeder anderen Beziehung. In seinem Verstand rechnete Hoff mit seiner Krankheit als mit einer nicht einmal sehr wahr-

scheinlichen Möglichkeit, sein Gefühl aber rüttelte sie ihm in fast unabwendbare Nähe. Er hatte alles so eingerichtet, um für den schlimmsten Fall gerüstet zu sein. So glaubte er, sich von den hypochondrischen Todesgedanken befreit zu haben, in Wahrheit aber hatte er sich nur noch mehr darin verstrickt und fühlte sich im Kreise der Seinigen schon wie ein vom Tode Gezeichneteter. Manchmal überfiel ihn hemmungslos, wie ein Schluchzen seines Herzens, das Verlangen nach Elisabeth, nach ihrem Trost, ihrer mütterlichen Fürsicht. Indem er diese Annäherungen als un männliche Schwäche bekämpfte, zeigte er sich stumm, verschlossen, ihren Annäherungsversuchen gegenüber ablehnend. Zu jeder Mahlzeit erschien er mit dem Vorsatz, heiter zu sein und den kleinen Begebenheiten der Kinder seine Aufmerksamkeit zu schenken. Und doch konnte er seine Gedankenabwesenheit nicht verbergen. Es war nicht anders: die nahen Stimmen des Diesseits verloren sich ihm wie fernes Gemurmel, er stand im Geiste schon am jenseitigen Ufer.

Sinzu kam, daß der dürre Gevatter ihn auf eigene Füße gestellt hatte. Bis dahin hatte er treulich Kärnerdienste geleistet. Er war den Wegen seiner Lehrer gefolgt, nicht seinen eigenen Ideen. Sie hatten aufgefängt wie kostbare Mineralabern zwischen Schutt und Asche, aber die Instrumente seines Forschens hatten dem Säubern und Sichten der Funde anderer dienen müssen. Nun stieg er mit plötzlichem Entschluß in seine eigenen Tiefen.

Bei seinen Experimenten hatte er entdeckt, daß gewisse Bakterien, in fremdes Blut geimpft, eine spontane Veränderung durchmachten. Diese Veränderung war so plötzlich, daß der Vorgang sich im Mikroskop nicht verfolgen ließ, und so radikal, daß die Bakterien nicht nur ihre Gestalt völlig veränderten, sondern auch, wenn sie in das Blut ihres ursprünglichen Ernährers zurückgeimpft wurden, dort sofort abstarben. Es mußte also noch ein anderes Geheiß geben als das der allmählichen Entwicklung. Die Untersuchungen über diesen Gegenstand führten ihn weit über seinen ursprünglichen Forschungsbezirk hinaus in neue Gebiete der Biologie und der Anthropologie. War es nicht möglich, daß das Geheiß der Umwandlung ein neues Licht warf auf das plötzliche Vorkommen neuer Tierformen im Tertiar? Ja, unterlag nicht vielleicht auch der Mensch dieser spontanen Umwandlung? Unerwartete und einstweilen unübersehbare Fernen taten sich ihm auf. Zum erstenmal kostete er die Wollust schöpferischer Arbeit. Nie war ihm sein Leben so kostbar und so köstlich erschienen wie jetzt unter den Schatten des Todes.

(Fortsetzung folgt.)

Kommunistische Versammlungsprenger.

Sie sind natürlich alle Unschuldengel!

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fand gestern ein Prozeß wegen gefährlicher Körperverletzung gegen die Kommunisten Kleinschmidt, Jaedicke und Meyer sowie gegen die angeblich parteilosen Kettner und Binzus statt. Die Anklage war vom Staatsanwalt erhoben, außerdem hatten einige Genossen wegen Körperverletzung Strafantrag gestellt.

Der Prozeß hat folgende Vorgeschichte: Am 16. September 1924 veranstaltete unsere Berliner Parteiorganisation in Groß-Berlin öffentliche Volksversammlungen. So auch eine im Bezirk Kreuzberg. Genosse Litzke sollte für den nichterschienenen Genossen Lüdemann referieren. Er hatte sein Referat kaum begonnen, als von kommunistischer Seite ein ohrenbetäubender Lärm einsetzte. Einige Minuten später war eine wüste Rauserei, die die Kommunisten angezettelt hatten, im Gange, so daß die Polizei einschritt. Die oben genannten Angeklagten hatten sich nun gestern vor dem Richter zu verantworten. Bereits vor einiger Zeit hatte ein Termin stattgefunden. Hier gab der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Samter, die Erklärung ab, daß seine Klienten sich weigern, die Anklage zu betreten, was zur Folge hatte, daß sämtliche Angeklagten 24 Stunden in Haft genommen wurden. Auch gestern versuchte der Angeklagte Kleinschmidt, dieses Theater zu wiederholen. Der Vorsitzende fand aber einen Ausweg, so daß die Sitzung weiter ihren Fortgang nehmen konnte. Der Angeklagte Kleinschmidt schilderte den Hergang der Versammlung, wobei er immer wieder betonte, daß die SPD-Leute nicht die Störer gewesen seien. Im übrigen habe er, Kleinschmidt, nicht geschlagen, eine Behauptung, die alle anderen Angeklagten ebenfalls wiederholten. Der Angeklagte Jaedicke wußte nichts Neues zu erzählen. Auch der Angeklagte Kettner führte nichts Wesentliches aus. Der Angeklagte Meyer gab an, daß er am Versammlungstage den Saal wegen Ueberfüllung nicht mehr betreten konnte, eine Lüge, die später einwandfrei durch die Zeugen Oppenheimer und Wolfram widerlegt wurde. Schließlich gab der Angeklagte Binzus noch an, daß er das Opfer einer Denunziation sei. Die Frage des Vorsitzenden, ob sie die Versammlung in der Absicht besucht hätten, sie zu sprengen, beantworteten die Angeklagten mit Nein. In der Zeugenvernehmung verurteilte Genosse Litzke, daß er von vornherein den Einbruch gehäht hätte, daß die Kommunisten die Rundgebung der SPD sprengen wollten. „Kaum hatte ich mein Referat begonnen, als in der hinteren rechten Ecke des Saales, wo sich die Kommunisten befanden, ein ungeheurer Lärm einsetzte. SPD-Ordner wollten Ruhe schaffen. Doch kaum hatten sie ihre Schritte dorthin gelenkt, erhoben die dort stehenden Kommunisten die Stühle und die Schälgerete begann. Dann kam die Polizei, die einige Verhaftungen vornahm.“ Auf die Frage des Vorsitzenden, wer die Polizei geholt habe, erklärte Genosse Litzke mit aller Bestimmtheit, daß dies nicht von der Versammlungsleitung aus geschähe sei. Diese Aussage wurde noch vom Genossen Hansen unterfüttert. Genosse Hansen wurde in der Versammlung von einem Kriminalbeamten gefragt, ob die Versammlung polizeilichen Schutzes bedürftig sei, was Hansen verneinte. Er schickte jedoch den Beamten, der im übrigen angab, daß der Polizei Mitteilungen von Störungsvorfällen der Kommunisten zugegangen seien, zum Vermindeungsleiter, Genossen Schweikardt, der auch polizeilichen Schutzes ablehnte. Die weitere, sehr eingehende Zeugenvernehmung belastete die Angeklagten in sehr starkem Maße. Selbst der für Jaedicke herangeholte Entlastungszeuge Kauhut konnte diesen Angeklagten nur noch mehr belasten. Den Schluß der Zeugenvernehmung bildete die Vernehmung des Kommunisten Paul Hoffmann, der angab, von Beruf „Preussischer Landtagsabgeordneter“ zu sein. Seine Vernehmung ergab nichts Wesentliches. Darauf hielt der Vertreter der Staatsanwaltschaft sein Plädoyer und beantragte gegen Jaedicke sechs Monate und gegen Meyer, Kettner und Binzus 1 Monat Gefängnis, dagegen für Kleinschmidt mangels ausreichender Beweise Freisprechung. Nach einigen Schlussworten der Angeklagten, die ihrer unsinnigen Wut gegen die SPD Ausdruck zu verleihen versuchten, zog sich das Gericht zu einer längeren Beratung zurück und fällte dann folgendes Urteil: Die Angeklagten Kleinschmidt und Binzus werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen, während der Angeklagte Jaedicke zu 400 M. und die Angeklagten Meyer und Kettner zu je 300 M. Geldstrafe verurteilt werden. Im Nichtbeitragsfall tritt für je 10 M. ein Tag Haft ein.

Geldschränknacker an der „Arbeit“.

Die Geldschränknacker waren während der Inflation stark zurückgegangen. Jetzt aber, wo die Mark wieder stabil ist, vermuten die Spezialisten mit Recht wieder mehr Geld in den festen Spinden. Nachdem die Polizei bereits zwei Kolonnen von Geldschränknackern festgenommen hatte, gelang es ihr, auch eine dritte unerschrocken zu machen. In der Nacht zum 24. Januar war bei dem Bäckermeister Reisch in der Köpenicker Str. 77/78 das Geldspind erbrochen worden. Die Täter hatten mehrere tausend Mark erbeutet. Der Verdacht der Beamten, die auf dem Wedding beobachteten, lenkte sich auf zwei „schwere Jungs“ Paul Lenz und Emil Kroll, die früher mit einem zu Justizhaus verurteilten Hans Baupel in Verbindung standen. Es zeigte sich, daß Baupel aus dem Justizhaus in Raugard entwichen war. Er wurde bei seiner Geleitsführung in der Gerichtstraße ermittelt und festgenommen. Bei der Geleitsführung fand man eine größere Geldsumme, darunter auch gezeichnete Scheine, die aus dem Schrank des bestohlenen Bäckermeisters stammten. Die Beamten entdeckten nach langen Beobachtungen auch die Schlupfwinkel des Lenz und Kroll und fanden hier gutes Einbruchswerkzeug. Dieses wurde an dem erbrochenen Spind des Bäckermeisters angelegt und paßte genau in die beim Einbruch hinterlassenen Spuren. So wurden die drei überführt und dem Untersuchungsrichter übergeben. — In der vorletzten Nacht wieder suchten andere Geldschränknacker die Firma Wolfert u. Wittner in der Wilhelmstr. 86/87 heim. Nach einem Vorgehen, den sie vorher ausgekundigt haben mußten, stiegen sie von der Zimmerstraße her über einen Saun und auf einer gestohlenen Leiter in die im ersten Stock gelegenen Kontorräume ein. Hier inaberteten sie das Spind auf und erbeuteten 4000 Mark, die zu Lohnzahlungen bestimmt gewesen waren. Für die Auffindung dieses und anderer Geldschränknacker sind hohe Belohnungen ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Bänger im Zimmer 89 des Polizeipräsidiums.

Die Autoschule der Post.

Wir berichteten im vergangenen Jahre über die Autoreparaturwerkstatt der Post in Vorkladow. Auch in diesem Jahre hat die Postverwaltung den Vertretern der Presse Gelegenheit gegeben, sich von den Fortschritten zu überzeugen, die sie inzwischen auf dem Gebiet des Kraftfahrwesens gemacht hat. Während die Werkstatt sich bereits damals schon in durchaus moderner Aufmachung zeigte, war das Verwaltungsgebäude noch steifmütterlich in einem elenden Schuppen untergebracht. Inzwischen wurde hier Wandel geschaffen. Ein neues mächtiges Verwaltungsgebäude nähert sich der Vollendung. Das Beachtenswerte aber ist, daß hier Raum für einen großen Lehrsaal geschaffen wurde, der als eine Art Hochschule für Verwaltungsbeamte betrachtet werden kann, denen die für ihren Dienst notwendigen Kenntnisse des Kraftfahrwesens vermittelt werden sollen. Hier werden Referenten, Bureaubeamten der Post, Vorsteher und andere Beamte mit den Geheimnissen des Autos vertraut gemacht. Der Unterrichtsraum, der etwa 25x35 Meter Fläche hat, ist hell und luftig. In ihm ist ein Lehrhelfer zusammengetragen, der geradezu als Vorbild betrachtet werden kann. Da ist das Fahrzeug des neuesten Tagg-Wiederkehrkraftwagens, der die modernste Type darstellt. Dieses Fahrzeug zeichnet sich durch weitestgehende Verwendung von Leicht-

metall, Kugel und Kollagenlagerung moderner Bierabdrückung und Motorbremmung aus. Ferner ist da ein vollkommenes Fahrzeugmodell eines 2,5-Tonnen-Wagens für elektrischen Antrieb. Zahlreiche Modelle veranschaulichen alle Einzelheiten des Automobils. An den Wänden unterrichten Zeichnungen über ihre innere Gestaltung, nichts ist vergessen worden. Die Kurse, die hier abgehalten werden, sollen in angelegentlichster Arbeit neun Tage dauern und dem Verwaltungsbeamten, der hier ausgebildet wurde, die Möglichkeit geben, sich von technischen Kenntnissen seines Personals unabhängig zu machen und sie befähigen, verständnisvoll das postalische Kraftfahrwesen zu fördern. Die Post hat damit in großzügiger Weise eine Einrichtung geschaffen, die das Streben nach fortschrittlicher Gestaltung erkennen läßt.

Eine „verbotene“ Pflanze.

Es gibt Pflanzen, die, wie z. B. der Wasserhahnenfuß, wegen ihrer Giftigkeit, andere, wie z. B. das Frühlingskrenzkraut, die wegen ihrer verderblichen Wirkung als Unkraut durch polizeiliche Bestimmungen verfolgt werden. Schon die Häufigkeit beider Pflanzen in nächster Nähe Berlins beweist die Lieberlegenheit der Natur. Leider versagen polizeiliche Bestimmungen auch dort, wo sie Pflanzen vor der Ausrottung schützen sollen. Auf der Wiese dieser Pflanzen, die nicht gesammelt und nicht verkauft werden dürfen, steht auch eine Bärkapp-Art, die aber dennoch unter der Nase der Polizei alljährlich moffenhaft, z. B. mit Schneeglockchen zu Sträußen vereinigt, in den Berliner Straßen feilgeboten wird. Um Berlin ist diese Pflanze, die an ihrer Ähnlichkeit mit kleinen Früchtchen zu erkennen ist, schon längst fast ausgerottet; sie scheint jetzt waggungsweise in Medienburg ausgetrieben zu werden. Die Polizeibeamten sind zu wenig mit dieser und anderen giftigen Pflanzen vertraut. Und der Kenner scheut sich, Anzeige zu erstatten, schon in der wohl richtigen Vermutung, daß der Straßenhändler nicht der eigentlich Schuldige ist, sondern irgendein Schlichter der Natur, der weitab vom Schusse sitzt!

Bier und Braner.

Einen sehr interessanten Vortragsabend, verbunden mit einer Besichtigung der Brauanlagen des Böhmisches Brauhauses in der Landsberger Allee veranstaltete der Verein der Brauereien Berlins. Der Direktor des Instituts für Gärungsgewerbe, Professor Dr. Handt, sprach über „Bier und Brauerei in Geschichte und Gegenwart“. Das Brauereigewerbe gehört bekanntlich zu den ältesten Gewerben. 3000 Jahre läßt es sich zurückverfolgen, bis zu den alten Ägyptern. Der Rohstoff der Bierbereitung war damals das infolge schlechter Lagerung angefeimte Getreide. Wann die im systematischen Reimenlassen und nachfolgenden Darren bestehende Kälzerei ausgemittelt ist, wissen wir nicht, wohl aber, daß in Deutschland der Hopfenbau etwa um das Jahr 1000 nach Christus eingeführt wurde. Bis dahin war das deutsche Bier, das schon Tacitus in seiner „Germania“ erwähnt, als alkoholfreies, teilweise auch süßes, aber durch Bakterieninjektion auch saures Getränk, dessen letzte Ausläufer wir im Berliner Weibier, in der Leipziger Gose usw. sehen. Mit der Verwendung des Hopfens beginnt der Aufschwung des Brauereigewerbes, der sich in Gestalt eines dunklen, malz- und hopfenaromatischen, lagerfesten Bieres vollzog. Die erste Blüte der Brauerei sehen wir gegen Ende des Mittelalters in Norddeutschland, wo Hamburg und Danzig die Hauptbrauereien waren. In Bayern, für das das Einbecker Brauwesen der Lehrmeister wurde, entwickelte sich das Brauereigewerbe erst weit später. Auf das Einbecker Bier (Kin pod) wird auch die Bezeichnung „Bodvier“ zurückgeführt, das im Frühjahr getrunken, das heilige Tier des germanischen fruchtbringenden Gottes Donner, den Ziegenbock, zum Symbol hat. Zum Schluß ging der Vortrag auf die wirtschaftliche Bedeutung des Brauereigewerbes ein. Auf Grund der Erfahrungen, die man heute mit dem radikalen Verbot in Amerika, Norwegen und Finnland macht, sollte man auf den Weg des geistlichen Zwanges verzichten. Nur auf dem Wege der Volkserziehung kann das ständige Raubbau an Alkoholgenuss erreicht werden. An diesem Ziel mitzuarbeiten, wären auch die Gärungsgewerbe im eigenen Interesse bereit.

Zu dem Leichenfund in der Ackerstraße. Gestern nachmittag fand im Schaustelle die Obduktion des tot aufgefundenen häßlichen Angefallenen Karl Kuppin statt. Sie ergab, daß der Tod durch einen schweren Schädelbruch eingetreten ist. Dieser Schädelbruch kann durch einen unglücklichen Stoß mit einem schweren Gegenstand oder durch einen unglücklichen Fall hervorgerufen sein. Die Vernehmung Reichmanns und seiner Geliebten wird erst im Verlaufe des heutigen Tages stattfinden können, da beide infolge übermäßigen Alkoholgenusses bisher noch nicht vernunftgemäßig waren.

Berufs- und Vorträge. In Fortsetzung der vom Berufsamt Berlin-West Charlottenburg seit 9. d. M. veranstalteten berufsunfähigen Vorträge finden in den nächsten Tagen nachfolgende Vorträge statt: Dienstag, den 10. Februar 1925, 7 Uhr abends, im Märkischen Saale des Charlottenburger Rathauses: „Die Frau im Handwerk“ (Damenkleiderherstellung, Bekleidungsindustrie, Konfektionsindustrie, des Schuhmachergewerbes). Mittwoch, den 11. Februar 1925, 7 Uhr abends, im Spandauer Saal des Uferungsums, Vortragsreihe: „Kunst, Bauwesen, Schmelze und Metallurgie“. Donnerstag, den 12. Februar 1925, 7 Uhr abends, im Märkischen Saale des Charlottenburger Rathauses: „Das Raubergewerbe und Genußmittelgewerbe, im besonderen: Bäckerei und Konditorei, Schlächterhandwerk, Kolonial- und Feinlebenswarenhandel“. Eintritt völlig kostenlos.

Jugendweibe 19. Kreis (Dorfow). Der Vorbereitungsunterricht beginnt Mittwoch, den 11. Febr., nachm. 4 Uhr, in der Ritzschule, Pantow, Eingang Neue Schulhofstr. 10.

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 10. Februar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
6.40—7.50 Uhr abends: Hans-Bredow-Sohnle. (Abteilung Bildungskurse). 6.40 Uhr abends: Literatur und Kunst. Professor Colson: Französische Literaturgeschichte (in französischer Sprache).
7.10 Uhr abends: Theodor Kappstein: „Deutsche Klassiker“. 3. Vortrag: „Goethe, II. Teil: Der Dichter in Lyrik, Roman, Drama“. 7.30 Uhr abends: Handel. Dr. Kurt Magnus: „Was muß man von den Stauern wissen?“ 8 Uhr abends: Theaterfunk (Theodor Kappstein). 8.30 Uhr abends: Um unsere Kleinen. 1. Vogelstimmen: Tannennest — Kohlmeise — Wachtel — Wachtelkönig — Star — Zeisig — Pirel oder Goldameise — Kiebitz — Feldlerche — Nachtigall — Buchfink — Kanarienvogel — Ammel (Professor Felix Schlimper sen.). Tierstimmen (Mittler). 2. a) Vogel wandelbar, Rich. Dehmel, b) Saß heut' lang im Kinderzimmer, Rudolf Presber. c) Die Wunderkinder, Rudolf Presber. d) Die Zwerge in Pinnberg, Kopisch (Ralf Ebersperg, Rezitation). 3. a) Der kleine Tanzmann laßt ich, Humperdinck. b) Der kleine Sandmann bin ich, Humperdinck. c) Ein Männlein steht im Walde, Humperdinck. d) Die Mutter bei der Wiege, Löwe (Thea Bieber, von der Berliner Staatsoper, Sopran). 4. a) Legende, Wildenbruch. b) Das Spielzeug, Andersen (Dorothea Thiel, vom Deutschen Theater, Rezitation). 5. a) Der Welterlöser, Th. Körner. b) Bruderliebe, Willi Becker. c) Pleonasmus, Willi Becker. d) Vorwurf, T. Reza (Ralf Ebersperg). 6. Allerlei Gesier in Haus und Hof: Hahn, sein Liebslingshuhn herbeirufend — Henna, die ein Ei gelegt hat — junges Huhn — zwei kleine Hähne — kleiner Hund (Jaumernerder Hund, dem auf sein Schwanzende getreten wurde) — zwei Katzen — Gans und Gänserich — Hanstaube — Lachtaubenpaar — große und kleine Ente nebst Entenschwiegertochter — Schwalbe — Schweineferkel, unruhig und aufgeregt, weil die Mutter Sau ihm zwecks Wurstverarbeitung entrisen wurde — alter Raschenger (Prof. Felix Schlimper sen.). 7. Der Hase und der Schwein, Grimm-Schröder. 8. a) Wiegenlied, Mozart. b) Wiegenlied, Brahms. c) Mariä Wiegenlied, Reger. Am Flügel: Otto Uraak. Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitsangabe, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst.

Vorabend vor den Bühnengehörigen. Die Sonnabendnachmittagsaufführung von „Sechs Personen suchen einen Autor“ gestaltete sich zu einem Triumph für Ballenberg und die übrigen Mitwirkenden. Dieses Stück, dessen äußere Einleitung die Bühne von der Rückseite ist, war wie kein anderes geeignet, vor einem Vorlet von Schauspielern gespielt zu werden. Das jubelnde Verständnis dieses besonderen Publikums befüllte die Jungstößen auf der Bühne. Wohl noch nie gab es einen ähnlichen Kontakt zwischen Bühne und Zuschauertraum.

Prof. Engler gestorben. In Karlsruhe starb im 84. Lebensjahre einer der bedeutendsten deutschen Chemiker Prof. Dr. Engler. Sein Name war durch seine Forschungen und Erfindungen auf dem Gebiete der künstlichen Farbstoffe weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt. Mit Emmerting stellte Dr. Engler im Jahre 1870 zum ersten Male künstlichen Indigo her. Fast 50 Jahre hindurch wirkte er als Vorstand des chemisch-technischen Laboratoriums an der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Zu der Notiz „Die freie Wohnungswirtschaft“ in Nr. 57 des „Vorwärts“, geht uns noch folgende Berichtigung des Herrn Hermann Broch zu: Es ist nicht wahr, daß der Hauptmieter der erwähnten Fabrikräume in Zahlungsschwierigkeiten geriet. Wahr ist, daß er den von seinem Vater erbenteten Betrieb aus Geschäftsentennnis nicht fortführen wollte. — Es ist ferner unwahr, daß der angeführte „Maurer“ aus Plauen hier eine neue Existenz anfangen wollte. — Wahr ist, daß er seinen bereits vor längerer Jahren in Plauen gegründeten Geschäftsbetrieb hierher verlegt hat, um sich zu vergrößern. — Es ist ebenfalls unwahr, daß die Räume von mir im „Lokal-Anzeiger“ ausgemietet wurden. Wahr ist, daß ich den Schneider oder vielmehr Unternehmer Kupfer, welcher seit langem zur Räumung verurteilt war, und dem fast vorigen Jahres als keine Miete mehr zahlte, auf ein Tauschangebot im „Berliner Lokal-Anzeiger“ zur Sicherung seiner Existenz aufmerksam machte, welches er unberücksichtigt ließ, um mir die Vermietung meiner Räume zu erschweren.

Die „Vudau“ im Kieler Hafen angekommen. Das Rotorischiff „Vudau“, das Donnerstag nachmittag fünf Uhr mit einer für Schottland bestimmten Polstarbe von Danzig auslief, ist nach 68 stündiger Fahrt Sonntag mittag ein Uhr in der Kieler Bucht eingetroffen. Es anfernte zunächst an der Kanalmündung bei Gollenua und ging dann zur Germaniawerft, wo es mit einer Funkanlage ausgerüstet wird. Die Verzögerung der Ankunft — man hatte die „Vudau“, die für die Fahrt von Kiel nach Danzig nur 44 Stunden benötigte, bereits Sonnabend nachmittag erwartet — erklärt sich aus den Stürmen der letzten Tage. Ramentlich am Freitag und Sonnabend hatte das Schiff schwere Seen zu bestehen, bei der die Rotoren infolge starker Böen aus Nord und Nordwest nicht in Tätigkeit treten konnten. Sturzseen schlugen über Deck und das Schiff schlingerte heftig, ohne aber ernstlich in Gefahr zu kommen. Auch ein Schneesturm, der Sonnabend über die „Vudau“ hereinbrach, wurde gut überstanden. Die Weiterfahrt durch den Kanal wird voraussichtlich Dienstag abend erfolgen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind Berlin S. W. 68, Lindenstraße 2. Netz an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Der engere Bezirksvorstand hat am 9. Februar d. J. in einer außerordentlichen Sitzung über einen Ausfluchttag gegen den Genossen Bauer wegen der Barmat-Affäre verhandelt. Der engere Bezirksvorstand beschloß, zwei Genossen aus dem Magdeburger Bezirk zu vernehmen, um dann die Angelegenheit Bauer dem erweiterten Vorstand zur Entscheidung zu übertragen.

1. Kreis Wilmersdorf. Theaterkassen zum 22. Februar. „Der Überfliegende“ (Abend), und nur beim Genossen Oetzer, Kappelerstr. 6, zu haben.
17. Kreis Wilmersdorf. Bildungsabend und Jungsozialisten. Heute, Dienstag, 7 1/2 Uhr, in der Wilhelmstr. 86/87. 2. Abend des Kultur: „Moderne Probleme des Sozialismus.“ Leiter: Genosse Marquardt.

Heute, Dienstag, den 10. Februar:
17. Vdt. Reinholdbeck-Werk. Heute 7 1/2 Uhr Funktionärstag im Tiefhaus, Schornsteinstr. 114. Mittwoch 7 1/2 Uhr abends: Schönbund. Jungsozialisten. Kappelerstr. 6. 3. Uhr abends: Jugendabend, Germanienstraße 67. „Dolmetsch“ (Abend). — Arbeiterkassen. Heute abends 8 Uhr Arbeiterkassenabend im Jugendheim Berliner Straße. Vereinnahme Sozialdemokratischer Studenten. 8 Uhr abends im Hofsaal 41 der Unterstadt. Es spricht Oberlehrer Herr Dr. Korfes über „Die neue Schule“. 8 1/2 Uhr, insbesonders Jungsozialisten und N.-J., willkommen!

Mitgliederversammlungen und Jahlabende am Mittwoch:

1. Vdt. 7 1/2 Uhr Schulhaus Kappelerstr. 6. Vortrag des Genossen Bartzke. 8. d. 2. „Unser Arbeit im Reichlichen Dombau“.
2. Vdt. 7 1/2 Uhr bei Obergmünd, Kommandantenstr. 28. Vortrag des Genossen Lauerer.
3. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabend bei Schulz, Schloßstr. 29, und Richter, Engländerstr. 21. Ref.: Genosse Kurt Oetzer.
4. Vdt. 7 1/2 Uhr bei Reformverein, Landsberger Str. 29. Vortrag des Genossen Rühlert. 8. d. 2.
5. Vdt. 7 1/2 Uhr im Rosenfelder Garten, Rosenfelder Str. 14 (nicht Rosenfelder Str.). Vortrag des Genossen Bartzke. 8. d. 2. „Unser Arbeit im Reichlichen Dombau“.
6. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabend im Arbeiterheim, Kappelerstr. 6. 7. 1/2 Uhr abends: Arbeiterkassenabend im Jugendheim Berliner Straße. Vereinnahme Sozialdemokratischer Studenten. 8 Uhr abends im Hofsaal 41 der Unterstadt. Es spricht Oberlehrer Herr Dr. Korfes über „Die neue Schule“. 8 1/2 Uhr, insbesonders Jungsozialisten und N.-J., willkommen!
7. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende: Streiber Str. 25. 2. Hof, Bergstr. 71. Lokalschulz, 9. Reformverein, Wilmersdorf, 1. und 2. Hof, Wilmersdorf, 10.
8. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
9. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
10. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
11. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
12. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
13. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
14. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
15. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
16. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
17. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
18. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
19. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
20. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
21. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
22. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
23. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
24. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
25. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
26. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
27. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
28. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
29. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
30. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
31. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
32. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
33. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
34. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
35. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
36. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
37. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
38. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
39. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
40. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
41. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
42. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
43. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
44. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
45. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
46. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
47. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
48. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
49. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
50. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
51. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
52. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
53. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
54. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
55. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
56. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
57. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
58. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
59. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
60. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
61. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
62. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
63. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
64. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
65. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
66. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
67. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
68. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
69. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
70. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
71. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
72. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
73. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
74. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
75. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
76. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
77. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
78. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
79. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
80. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
81. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
82. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
83. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
84. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
85. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
86. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
87. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
88. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
89. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
90. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
91. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
92. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
93. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
94. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
95. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
96. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
97. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
98. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
99. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.
100. Vdt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gruber, Schornsteinstr. 114.

37. Wkt. 7 1/2 Uhr Nachhabe: 1. Gruppe bei Petter, Oberstr. 7. Vortrag des Genossen ...

38. Wkt. 7 1/2 Uhr Nachhabe: 1. Gruppe bei Petter, Oberstr. 7. Vortrag des Genossen ...

135. Wkt. 7 1/2 Uhr Nachhabe: 1. Gruppe bei Petter, Oberstr. 7. Vortrag des Genossen ...

Jugendveranstaltungen.

Nachtrag, Dienstag, den 17. Februar, 1. Zusammenkunft ...

Wahl II: Gemeindefürsorge am Stephansplatz, Vortrag: ...

Jugendgenossen und Jugendgenossinnen, die sich an den ...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verein der Arbeiter für Gesundheitspflege, 13. Bezirk, Tempelhof- ...

Jugendleiterlicher Bund, Bezirk Köpenick, am Mittwoch, den 11. ...

Freie Hochschule, Mittwoch, den 11. Februar, abends 8 Uhr, ...

Arbeiter-Stadtsaal, Bezirk Köpenick, am Donnerstag, den 12. ...

Weiter für Berlin und Umgegend, Wkt., unabhängig mit ...

WO-KHI-EMBROCATION advertisement with large text and graphics. Includes: 'Unübertreffbare Sportmassage - Kräftigt Muskeln und Sehnen', 'BREITENSTRATER sagt: Auch für das Training für meinen Kampf mit van Humbeck habe ich wie bisher Ihre WO-KHI-EMBROCATION verwendet.', 'WO-KHI-Embrocation-Einreibung', 'Von hervorragender Wirkung bei Behandlung von: Rheumatischen und nervösen Gliederschmerzen, Ischias, Zerrungen und Verstauchungen', 'In Apotheken grüne Packung WO-KHI, halbe Flasche Mark 5,00, ganze Flasche Mark 8,00', 'Verlangen Sie ärztliche Gutachten - Wo-Khi-Werk, Berlin, Wilhelm-Strasse 121'

Endloser Kleinfram. Der Zeuge Klinghammer.

Der Ausschuss fährt in der Verhandlung über die Glaubwürdigkeit des Zeugen Klinghammer fort.

Ministerialrat Falk gibt eine ergänzende Auskunft zu seiner Aussage vom Sonnabend. Er stützt sich dabei auf die Akten des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe...

Falk gibt dann genaueren Aufschluss über die Dauer seiner Tätigkeit wie auch der des Kriminaloberkommissars Klinghammer im Landespolizeiamt. Die Durchsuchung bei den Gebrüdern Barmat...

Zeuge Klinghammer bestätigt darauf, daß er noch während des Jahres 1920 unter der Leitung des Herrn Falk tätig gewesen sei...

Klinghammer die Akten in Moabit eingefordert

habe und was Klinghammer noch für andere Straftaten aufklären wollte. Er habe in der Angelegenheit der Bodumer Handelskammer...

Der Zeuge erklärt weiter, er habe nach den Befundungen des früheren Reichswirtschaftsminister Bissell den bestimmten Eindruck...

Der Zeuge wendet sich dann in großer Erregung gegen die Ausführungen, die Abg. Kuttner in der letzten Ausschussung über ihn gemacht hat.

wiederholt zur Mäßigung mahnen.

Besonders erregt bestreitet Klinghammer die angeblich vom Abg. Kuttner zu Nachbarn gemachte Bemerkung, er, der Zeuge habe einen schamlosen Handel mit den in der Barmat-Affäre gefundenen Dokumenten getrieben...

Vorsitzender Dr. Leidig: Es ist natürlich, daß der Zeuge, der ja auch um seine Ehre kämpft, den Versuch macht, die in der Öffentlichkeit über ihn gemachten Behauptungen zu widerlegen...

Zeuge Klinghammer: Ich schwöre nochmals, daß ich niemals ein amtliches Aktenstück zugunsten eines hohen Beamten der alten Zeit unterschlagen habe...

Abg. Kuttner (Soz.) erklärt, daß er gegen den Zeugen Klinghammer nicht den Vorwurf erhoben habe, daß er ein Aktenstück hätte verschwinden lassen.

Eine kommunistische Unverschämtheit.

Abg. Stoll (Komm.): Die wiederholten Zwischenfälle, die sich hier ereignen, bestätigen mir, daß der Ausschuss nicht imstande ist, die Frage zu klären, um die es sich hier handelt...

Der Vorsitzende Dr. Leidig wendet sich gegen derartige Behauptungen und erklärt: Ich muß dringend bitten, daß wenn derartige Behauptungen aufgestellt werden, auch der Beweis dafür geliefert wird.

Abg. Stoll: Obwohl ich glaube, mich sehr deutlich ausgedrückt zu haben, bin ich bereit, auch den Namen des von mir gemeinten Ausschussmitgliedes zu nennen. Meine Behauptung richtet sich gegen den Abg. Kuttner...

Vorsitzender Dr. Leidig: Abg. Stoll hat von einem schwer belasteten Zeugen gesprochen. Das ist, um mich auszudrücken zu bedienen, etwas Unerhörtes. (Abg. Stoll: Meine subjektive Überzeugung.)

Abg. Kuttner (Soz.): Nachdem Abg. Stoll mich als belastete Person hingestellt hat, erkläre ich: Ich bin mit dem Abg. Heilmann seit 1913 in allerengstem freundschaftlichen Verhältnis verbunden. Ich habe keine Veranlassung, aus dieser Freundschaft ein Hehl zu machen...

Zu der Behauptung des Abg. Stoll, Abg. Lüdemann habe sein Amt niedergelegt, erkläre ich, daß daran kein wahres Wort ist.

Lüdemann ist nur verhindert, an der heutigen Sitzung teilzunehmen, er wird selbstverständlich wieder erscheinen.

Der Vorsitzende Dr. Leidig erklärt nochmals, daß er die stenographischen Protokolle nicht früher verteilen werde, als bis sie von den einzelnen Rednern durchgesehen worden sind.

Rummehr wendet sich der Zeuge Klinghammer gegen verschiedene Aussagen des Zeugen Ministerialdirektors Falk und erklärt, daß Herr Falk über ihn keine Disziplinargewalt gehabt habe...

Klinghammers „Empfindungen“.

Abg. Riedel (Dem.): Der Zeuge Klinghammer hat offenbar dem Zeugen Falk den Vorwurf machen wollen, daß er in der alten Sache Barmat nicht eifrig genug gehandelt habe...

Zeuge Klinghammer: Das sind Sachen des Empfindens, das sich auf bestimmte Eindrücke stützt. Ich lag im Vorzimmer des Ministerialdirektors Falk immer eine radikale Wochenchrift aus, ich glaube „Die Weltbühne“ des Herrn Jacobsohn...

Abg. Riedel (Dem.): In den letzten Sitzungen hat der Zeuge Klinghammer gesagt, Ministerialdirektor Falk sei unaufrichtig und eine hinterhältige Natur und hat als Beweis dafür angeführt: 1. eine Vermutung, 2. ein Gefühl...

Zeuge Klinghammer: Die Persönlichkeit des Herrn Dr. Falk ist dauernd Gegenstand abfälliger Kritik auch in meinem eigenen Kreise gewesen.

Abg. Kaufhold (Dnat.): Wenn wir etwas näher über den Charakter des Herrn Falk und informieren wollen, so möchte ich beantragen, eine Reihe weiterer Zeugen zu laden.

Abg. Riedel (Dem.) fragt minnehr den Zeugen Klinghammer, ob der hohe Verwaltungsbeamte, der dem Zeugen Einsicht in die Akten gegeben habe und dessen Namen er nicht nennen wolle, jetzt dem Parlament angehöre.

Zeuge Klinghammer: Der Verwaltungsbeamte gehört dem Parlament nicht an.

Abg. Riedel (Dem.): Ist es Tatsache, daß am letzten Sonnabend, als der Zeuge Falk vernommen wurde, dem Zeugen Klinghammer außerhalb des Saales durch ein Mitglied des Landtages Kenntnis von den Aussagen des Zeugen Falk gegeben worden ist?

Der Zeuge Klinghammer zählt dann endlose Einzelheiten auf, aus denen er weiter ungünstige Schlüsse auf den Charakter des Ministerialdirektors Dr. Falk schließen will.

Abg. Kuttner (Soz.): Ich muß hier nachweisen, daß der Zeuge Klinghammer fortgesetzte Dinge, die er irgendwie vermutet, als Tatsachen vorträgt. Zuerst dem Fall Fräulein Peters und dem der angeblichen Liebermittlung von Informationen durch den Polizeipräsidenten Richter kommt in dieser Beziehung noch dazu, daß der Zeuge gesagt hat, wenn er die Akten behalten hätte...

Der Zeuge Klinghammer hat sich über die Beschlagnahme eines angeblichen Privatbriefes durch Ministerialdirektor Falk ausgesprochen. Kommt das anderweitig nicht auch vor, hat der Zeuge nicht beispielweise in einer Angelegenheit des Kriminalinspektors Wilke auch Privatbriefe beschlaggenommen...

Zeuge Klinghammer: Ich habe in einem Falle, außer Briefen, die mit der betreffenden Angelegenheit, die ich zu verfolgen hatte, zusammenhängen, auch noch andere Briefe beschlaggenommen...

Auf eine Frage des Abg. Kuttner, ob dem Zeugen bekannt sei, daß dieser Brief an Krüger bereits kurze Zeit nach der Beschlagnahme in der Wochenchrift „Die Wahrheit“, die einem deutschen Abgeordneten gehört, erschienen ist, erklärt

Zeuge Klinghammer: Das ist mir bekannt und ich war entrüstet darüber. Ich habe zur „Wahrheit“ keine Beziehungen (Heiterkeit). Auf weitere Fragen des Abg. Kuttner gibt der Zeuge Klinghammer zu, daß einer der beschlaggenommenen Privatbriefe in einer Ausschussung des Vereins höherer Justizbeamten vorgelesen worden ist...

Die fraglichen Privatbriefe in der Angelegenheit Lübbin will der Zeuge wegen des Verdachts der Verletzung von Dienstgeheimnissen und des Tatbestandes einer Beleidigung des Polizeipräsidenten beschlaggenommen haben.

Vors. Dr. Leidig: Aber beschlaggenommenes Material gehört doch nur in die Akten des betreffenden Verfahrens. Sie konnten doch das Material nicht anderweitig verwerten.

Abg. Markwald: Der Zeuge Klinghammer hat gesagt, daß er durch das schnelle Eingreifen des Herrn Falk in die Angelegenheit Barmat daran verhindert worden ist, das Willen Barmats zu beleuchten. Hat der Zeuge Anlaß gehabt, in dieser Barmat-Angelegenheit, nachdem das eine Verfahren erledigt war, einen Verdacht dahin auszusprechen, daß bei Barmat irgendeine andere Straftat vorlag?

Zeuge Klinghammer: Nein! Aber bei solchen zugewanderten Leuten halte ich es für notwendig, das Milieu näher zu beleuchten und wir haben in diesen Fällen so gehandelt, um dann der Wirtschaft empfehlen zu können, sich vor dem Betroffenen vorzusehen.

Hierauf wird die Verhandlung durch eine einstündige Mittagspause unterbrochen.

Gegen 3 1/2 Uhr eröffnet Vorsitzender Dr. Leidig die Nachmittagsverhandlungen. Es wird darauf in die Weitervernehmung des

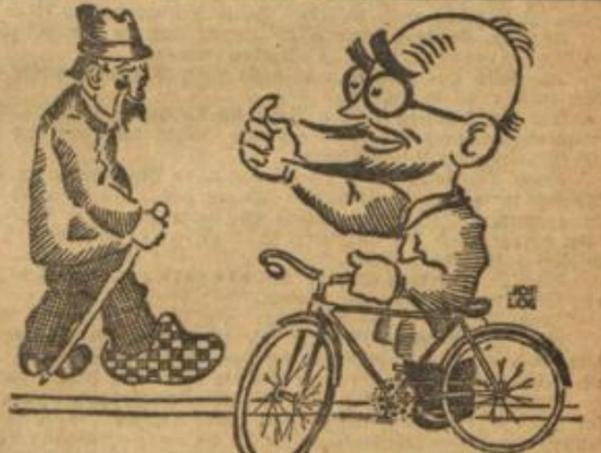
Dr. Falk

eingetreten. Der Zeuge gibt der Meinung Ausdruck, daß das, was von seiner Seite aus gesehen ist, aus den vorgelegten Aktenstücken ersehen werden kann. Nachdem man seinen Charakter in die verhandelte Angelegenheit hineingezogen habe, habe er folgendes zu erklären: Ich bin ein organisiertes Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei...

Im weiteren Verlauf seiner Befundungen kommt Ministerialdirektor Dr. Falk auf eine Fleischerbeschuldigungsangelegenheit zu sprechen, in der er beschuldigt worden sei, daß er nichts eines höheren Magistratsbeamten aus dem Bett habe holen und ihn festnehmen lassen. Der Zeuge beruft sich bei dieser Angelegenheit auf die amtlichen Akten, auf die Beschwerde, die der damalige Oberbürgermeister Wermuth beim preussischen Staatskommissariat für Volksernährung eingebracht hatte...

Der Zeuge schildert dann den Vorfall mit der nächstlichen Bestrafung des Magistratsrats Rief, der angeblich ausländischen Lebensmittellieferanten verboten eine Provision von 10 Proz. angeboten haben soll. Er geht ferner auf sein Eingreifen in eine große Vellschiebung ein, in die ebenfalls die Stadt Berlin verwickelt war. In sehr ausführlichen Darlegungen geht der Zeuge dann der Reihe nach die endlosen, von Klinghammer vorgebrachten Einzelheiten durch und weist zu jedem einzelnen Fall sein korrektes Verhalten nach.

Im weiteren Verlauf seiner Befundungen kommt Dr. Falk dann auf die Angelegenheit Barmat zu sprechen. Zeuge Klinghammer habe dazu gesagt, er, Klinghammer, habe einen Bericht über die amtliche Tätigkeit des Ministerialdirektors Dr. Falk in der Barmat-Angelegenheit angefertigt, der das Datum des 3. Januar 1923 trägt. Zur Auffertigung dieses Berichtes habe Klinghammer die Akten der Staatsanwaltschaft gebraucht und sei zur Staatsanwaltschaft gegangen, um zu diesem Zweck die Akten einzusehen. Zeuge Falk weist darauf hin, daß, wenn Klinghammer das Ziel hatte, die Staatsanwaltschaft bei der Aufklärung der Angelegenheit Barmat zu unterstützen, Klinghammer dann einfach aus dem Gedächtnis hätte niederschreiben können, was er wußte, und diese Aufzeichnungen habe er dann der Staatsanwaltschaft zuleiten können. Zeuge Dr. Falk bleibt dabei, daß seine Aufzeichnung, die auch diejenige der Staatsanwaltschaft ist, richtig sei, daß eine Einsichtnahme und Einsforderung der Akten unzulässig ist, denn es handle sich um eine Sache, die von der Staatsanwaltschaft ohne Inanspruchnahme der Polizei bearbeitet wurde. Er habe weiter davon gehört, daß eine solche Aufzeichnung abgefaßt und an die Staatsanwaltschaft geleitet wurde. Er sei daraufhin vor einer Woche bei der Staatsanwaltschaft gewesen und habe dort erklärt: Ich melde mich, damit mir Gelegenheit zur Verteidigung gegeben wird in einer gegen mich anhängig gemachten Anzeige. Dr. Falk sei darauf von der Staatsanwaltschaft erklärt worden, daß sie eine solche Anzeige über eine Aufzeichnung nicht bekommen habe. Nach einigen Tagen habe der Zeuge bei der Staatsanwaltschaft nachgehakt, noch einmal nachgesehen. Er habe wiederum die Mitteilung erhalten, daß sie noch nicht im Besitz einer Anzeige wäre. Weiter habe Dr. Falk dem heute morgen im Ausschuss anwesenden Referenten der Staatsanwaltschaft gesagt, daß er ja die Befundungen Klinghammers gehört habe, daß eine solche Anzeige vorliege, warum ihm, Dr. Falk, nicht die Gelegenheit zur Verteidigung gegeben werde. Daraufhin habe der Referent bemerkt, eine solche Anzeige liege der Staatsanwaltschaft nicht vor, und es sei deshalb auch keine Gelegenheit, ihn, den Zeugen zu hören. Vom Zeugen Klinghammer ist mir der



Aus Dr. Unblutigs Praxis.

Auf dem Heimwege trifft Dr. Unblutig einen humpelnden Mann mit melancholisch-mongolisch herabhängendem Schnurrbart, dessen schmerzgebeugter Gesichtsausdruck ihm auffällt. „Haben Sie Stützplättchen oder Hülfsrollen?“ fragt er ihn. „Leider beides.“ — „Ihre Stützplättchen werden Sie behalten müssen, aber von Ihren Hülfsrollen kann ich Ihnen helfen. Aha, ich sehe schon, Sie haben eins von den veralteten Hülfsrollen ohne Schutzkleid angelegt, das ich zwar zur Reparatur meiner Fahrradreifen sehr schätze, die ich aber niemals auf ein Hülfsrollen legen würde, weil es meiner wissenschaftlichen Überzeugung und meiner praktischen Erfahrung widerspricht. Ich rate Ihnen:

Kukirolen Sie!

Ödemen Sie in die nächste Apotheke oder Drogerie und kaufen Sie sich eine vollständige Kukirol-Fußbad, bestehend aus drei Präparaten, nämlich: Erstens das wohltuende Kukirol-Fußbad. Das wendet Sie abends an. Es verhilft Fußschwellen und dadurch Brennen, Wundäulen und Entzündungen der Füße. Es kräftigt Nerven und Sehnen, und Sie werden gleich nach der ersten Anwendung ein viel beachteter Müdigkeit sein. Sie bekommen wieder Elastizität in die Gelenke. Nach dem Fußbade legen Sie Ihre Füße mit dem Kukirol-Streupuder ein. Am nächsten Morgen legen Sie auf jedes Hülfsrollen ein Stück Kukirol-Hülfsrollen-Plaster. In einigen Tagen sind Sie von Ihren Hülfsrollen ohne Schmerzen und ohne Entzündung erlöst, und werden sie wieder so humpeln. Ferner müssen Sie jeden Morgen etwas Kukirol-Streupuder in Ihre Schuhe und Strümpfe streuen. Sie werden dann immer warme, trockene, saubere und geruchlose Füße haben, die nicht einen solchen Kasernenabdruck ausstrahlen, wie jetzt. Verlangen Sie aber bestimmt die echten Kukirol-Präparate mit der Schutzmarke „Hahnenkopf mit Fuß“. Lassen Sie sich niemals verleiten, Fußbäder mit Zusatz von Chloressenz zu nehmen. Das Zeug ist giftig. Es bräunt allerdings sofort den Fußschweiß, aber nur, weil es die Schwefelwasserstoff-Substanz zerstört. Das Kukirol-Fußbad können Sie auch schon für 20 Pfennig versuchen, wenn Sie die einfache Packung verlangen. Die Doppelpackung kostet 50 Pfennig. Verlangen Sie unsere neue Druckschiffel, die Ihnen richtige Fingerzeige über die Wichtigkeit der Fußpflege gibt. Die Zusendung erfolgt kostenlos und portofrei. Kukirol-Fabrik Groß-Salzelz bei Magdeburg.

